

Schmid, Günther

Book — Digitized Version

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland: Entstehungsursachen - Selbstverständnis - Strukturen - innere Widersprüche

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit / Z, No. 24

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Schmid, Günther (1984) : Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland: Entstehungsursachen - Selbstverständnis - Strukturen - innere Widersprüche, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit / Z, No. 24, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112237>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Günther Schmid

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland
Entstehungsursachen — Selbstverständnis
Strukturen — innere Widersprüche

Günther Schmid

Jahrgang 1946. Studium der Politischen Wissenschaft (Internationale Politik), Neueren Geschichte und des Staatsrechts an der Universität München. Magister Artium 1975. Promotion zum Dr. phil. 1977.

Seit 1975 Ost/West-Experte in Forschung und Lehre am Seminar für Internationale Politik des Geschwister-Scholl-Instituts für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München. Lehr-, Referenten-, Vortrags- und Gutachtertätigkeit für zahlreiche öffentliche und private Institutionen der politischen Bildung und Wissenschaft, für amerikanische Universitäten, für Wirtschaftsunternehmen sowie für politisch-administrative Behörden.

Forschungsschwerpunkte:

„Friedensbewegung“ (sicherheitspolitische, innenpolitische, sozialpsychologische und soziologische Aspekte); NATO-Doppelbeschluss (Nachrüstungsproblematik etc.); sowjetische Sicherheits-, Rüstungs-, Außen- und Globalpolitik; sowjetische Militärdoktrin und Militärstrategie; Sicherheit, Rüstung, Militärstrategien; deutsche Außen-, Ost- und Deutschlandpolitik; Ost/West-Verhältnis; sowjetisch-amerikanischer Bilateralismus; Entspannungspolitik in Theorie und Praxis (Détente-Forschung); US-Außenpolitik der Ära Kissinger bis zur Gegenwart; außenpolitische Entscheidungsprozesse und Systeme; didaktisch-pädagogische Fragen der Internationalen Politik.

Veröffentlichungen u. a.:

Entscheidung in Bonn. Die Entstehung der Ost- und Deutschlandpolitik 1969/70. Köln 1979 (2. Auflage 1980).

Sicherheitspolitik und Friedensbewegung. Der Konflikt um die „Nachrüstung“. München 1982 (4. aktualisierte Auflage 1984).

„Zur Soziologie der Friedensbewegung: Strukturmerkmale — Inhalte — Folgewirkungen“, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.): Sicherheitspolitik am Scheideweg? Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 191. Bonn 1982 (Verlagsausgabe: Baden-Baden 1982).

„Positionen in der sicherheitspolitischen Diskussion und ihre Vertreter in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Wien, XXI. Jahrgang, Heft 6, November/Dezember 1983 (nachgedruckt vom Bundesministerium der Verteidigung — Informations- und Pressestab-Öffentlichkeitsarbeit als Sonderdruck, Bonn, Februar 1984).

„Die ‚Friedensbewegung‘ in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Europäische Wehrkunde/Wehrwissenschaftliche Rundschau, 32. Jahrgang, Heft 12, Dezember 1983.

„Die sowjetische Militärdoktrin und Militärstrategie. Grundvorstellungen, Zielsetzungen und politische Wirkungen“, in: Information für die Truppe. Innere Führung. Politische Bildung. Hrsg. vom Bundesministerium der Verteidigung, Führungsstab der Streitkräfte I 3, Heft 5/84, Bonn, Mai 1984.

Günther Schmid

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland

Entstehungsursachen —
Selbstverständnis — Strukturen —
innere Widersprüche

München 1984 — 1. Auflage

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Herausgabe: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München
Redaktion: Dr. Rudolf Hilf
Umschlagentwurf: Graphik + Design-Studio, 8033 Planegg
Gesamtherstellung: Isar-Post Druck- und Verlags-GmbH, 8300 Landshut

Inhalt

I. Zu den soziologischen Rahmenbedingungen	7
II. Zur Quantität und Qualität kommunistischer Beeinflussungs- und Steuerungsversuche	10
III. Rekrutierungspotential, Selbstverständnis und Wirkung der „Friedensbewegung“	12
IV. Der (sozial-)psychologische Hintergrund	16
V. Antriebsmomente und Inhalte des Jugendprotestes Anfang der achtziger Jahre	19
VI. Wichtige politische und soziale Bestimmungsfaktoren für das Aufkommen der neuen „Friedensbewegung“	21
VII. Zusammensetzung und Motivation der „Friedensbewegung“	23
VIII. Wesentliche Charakteristika der westdeutschen „Friedensbewegung“	26
IX. Zwangslagen und „innere“ Konflikte der „Friedensbewegung“	29
Anmerkungen	33

I. Zu den soziologischen Rahmenbedingungen

Die „Friedensbewegung“ (dieser selbstgewählte und deshalb analytisch wenig brauchbare Begriff unterstellt bereits einen erkennbaren und beurteilbaren Gegenstand und wird deshalb in Anführungszeichen gesetzt) läßt sich soziologisch zunächst als eine jener *Neuen Sozialen Bewegungen* charakterisieren, die bereits seit den siebziger Jahren in fast allen westlichen Industriestaaten in wachsendem Umfang in Erscheinung getreten sind.¹⁾ Neu an diesen außerparlamentarischen Formationen ist vor allem ihr fast gleichzeitiges Auftreten, ihre lockere Verflechtung untereinander, die fast durchgängige Ablehnung von traditionellem Fortschritts- und Wachstumsglauben durch ihre Anhänger — vorwiegend aus den „neuen Mittelschichten“ — sowie die Tendenz zur Praktizierung gemeinsamer Selbsthilfe, d. h. alternativer Lebensentwürfe in einem „gegenkulturellen“ nach außen abgeschotteten sozialen Milieu.

„Friedensbewegung“ — als Neue Soziale Bewegung

„Bürgerinitiativbewegung“, „Ökologiebewegung“, „Frauenbewegung“, „Pazifismus-Bewegung“²⁾ und auch die „Friedensbewegung“ (die Gesamtheit dieser gesellschaftlichen Gruppierungen, die kein einheitliches Protestpotential bilden, wird häufig unter dem weiten Sammelbegriff „Alternativbewegung“ zusammengefaßt) zeichnen sich alle durch einige besondere Merkmale aus: Sie verfügen über keine geregelte Mitgliedschaft und deshalb über eine hohe personelle Schwankung, einen nur geringen Organisationsgrad (der aus der Vielfalt ihrer verschiedenartigen Anhängerschaft resultiert) und geben sich durch eine deutlich feststellbare direkte Artikulation gemeinsamer Betroffenheit und Motivation sowie durch die ausgeprägte Neigung zu gemeinschaftlicher Selbsthilfe zu erkennen. Gemeinsam ist diesen Strömungen das Gefühl, daß die traditionelle Politik zunehmend an die Grenzen ihrer Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit gestoßen ist und sie zufriedenstellende Antworten auf die drängenden politischen und sozialen Fragestellungen nicht mehr zu geben vermag. Schon deshalb weisen diese sozialen Bewegungen eine eindeutig politische, d. h. politikbeeinflussende und politikverändernde Richtung auf. Sie stellen kollektive Abwehrreaktionen von wachsenden Teilen der Bevölkerung dar gegen die Folgekosten politisch-gesellschaftlicher Modernisierung, gegen die zunehmende Kluft zwischen Fortschrittsversprechungen einerseits und der politischen Wirklichkeit mit ihren Sachzwängen andererseits. Der Aufstieg der „Alternativbewegung“ (ablesbar am Erfolg der „Grünen“) offenbart einen neuen politischen Konfliktbereich, bei dem es um zwei grundsätzlich verschiedene *Politikbegriffe* geht.³⁾

Merkmale der Neuen Sozialen Bewegungen

Im *traditionellen* Politikverständnis der herkömmlichen Parteien wird dem Bewirken von Fortschritt (Sicherheit, Wachstum, soziale Gerechtigkeit), der Verbesserungsfähigkeit, dem „Vollkommenermachen“ der Lebensverhältnisse Vorrang eingeräumt. Dieser Auffassung entgegengesetzt ist der *alternative* Politikbegriff: Er strebt keinen weiteren Fortschritt an, sondern will im Interesse des Schutzes lebenswichtiger Werte den Verzicht (auf Atomkraftwerke, Nachrüstung, Flugha-

Traditioneller contra alternativer Politikbegriff

fennerweiterung), die Vermeidung nicht mehr korrigierbarer Fehler, die Bewahrung dessen, was besteht und erhalten werden soll (z. B. die gefährdeten natürlichen Lebensgrundlagen, der destabilisierte Frieden etc.).

Das Aufkommen einer „Friedensbewegung“ in den vergangenen vier Jahren⁴⁾ wird vor dem Hintergrund von vor allem drei durchaus parallel laufender Entwicklungen bzw. Ereignisse verständlich:

- Einmal spielt das *allgemeine Protestverhalten der Jugend*, d. h. die zunehmende Kluft zwischen offizieller Politik und größeren Teilen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, eine wichtige Rolle, das in einem engen Zusammenhang mit erfahrbaren Veränderungen in der Lebenswelt der jungen Generation, die ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit ist, und den Auswirkungen dieser Veränderungen auf deren subjektive Situation steht.⁵⁾
- Zweitens kam Ende der siebziger Jahre der *Wandel* von einer Phase der politischen und militärischen Entspannung, in der die heute 15- bis 25jährigen herangewachsen sind, zu einem Zeitabschnitt wachsender Spannung, Aufrüstung und Unsicherheit für zahlreiche junge Menschen so plötzlich, daß zu Recht von einer Art „Schock“ gesprochen werden kann. Das instinktive Gefühl einer bedrohlichen Verschlechterung der internationalen Situation 1979/80 im Vergleich zu den Jahren vorher wurde in Form einer Rückkoppelung von der Medienberichterstattung, aber auch durch Äußerungen von Politikern selbst bestätigt und noch verstärkt.
- Drittens hat der *NATO-Doppelbeschluß* vom 12. Dezember 1979 (insbesondere dessen Nachrüstungsteil) diesen Eindruck symbolisch wie praktisch-politisch noch unterstrichen. Die Brüsseler Entscheidung löste nicht nur eine der heftigsten innenpolitischen Kontroversen seit Bestehen der Bundesrepublik aus, sondern verdeutlichte weit über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus das Ausmaß des subjektiv wahrgenommenen lebensbedrohenden Risikos einer fortschreitenden atomaren Rüstung und die damit verbundene Betroffenheit jedes Einzelnen.

Das allen drei Entwicklungen zugrundeliegende Bewußtsein kleiner gewordener und kaum mehr beeinflusbarer Handlungsspielräume für die Politik, militärpolitischer Zwangsläufigkeiten und gemeinsamer Betroffenheit war mit hoher Wahrscheinlichkeit die wichtigste Antriebskraft für die Herausbildung und Entfaltung einer rasch angewachsenen „Friedensbewegung“.

Die Schwierigkeiten einer ersten Untersuchung dieser „Bewegung“ ergeben sich schon beim Versuch zu bestimmen, *wie* sie sich zusammensetzt, *wer* oder was für sie repräsentativ ist, *welche* einzelnen oder gemeinsamen Zielsetzungen sie verfolgt und *was* die ausschlaggebenden Beweggründe für ihr Engagement sind. Kann man überhaupt von einer einheitlichen und überschaubaren Bewegung mit deutlich feststellbaren Vorstellungen und Absichten sprechen? Unterstellt der Begriff „Friedensbewegung“ nicht schon einen erkennbaren Untersuchungsgegenstand?

Eine vorläufige Antwort darauf läßt sich schon an dieser Stelle geben: Wie Analysen der verschiedenen, in der Öffentlichkeit diskutierten, teilweise extrem voneinander

abweichenden „alternativen“ Sicherheitsmodelle zeigen,⁶⁾ besteht der kleinste gemeinsame Nenner, das einzige gemeinsame Band der vielfältigen „Friedensbewegung“ im Kampf gegen die Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses, d. h. in der Verhinderung und Ablehnung der damit zusammenhängenden Maßnahmen. Zwischen den verschiedenen Positionen der einzelnen Gruppierungen sind kaum weitere grundsätzliche konzeptionelle Berührungspunkte auszumachen. Die bekanntgewordenen Alternativvorschläge unterscheiden sich weit stärker voneinander, als dies gemeinsame Kundgebungen und Meinungsäußerungen ahnen lassen. Die „Friedensbewegung“ insgesamt zeichnet sich auch Mitte 1984 durch das *Fehlen* einer längerfristigen friedenspolitischen Perspektive aus. Sie ist bisher weitgehend eine „Ein-Punkt-Bewegung“ geblieben, die sich auf militärische Potentiale und Fähigkeiten statt auf politische Konfliktursachen konzentriert.⁷⁾

Das Fehlen einer längerfristigen politischen Perspektive

Die moralisch, radikal ethisch motivierte Forderung „zunächst“ nach einer Verhinderung neuer Atomraketen auf deutschem Boden, grundsätzlich aber nach einer „anderen“ Sicherheitspolitik, läßt sich in fast allen Äußerungen der Bewegung dokumentieren. Die idealistische, moralisch-ethische Grundmotivation des weitaus größten Teils der „Friedensbewegung“ hat sich weitgehend *unabhängig* von einer politischen Links/Rechts-Einteilung entwickelt. Von den vier von der „Friedensbewegung“ am häufigsten diskutierten sicherheitspolitischen Alternativkonzepten — *Auseinanderrücken der Blöcke (Disengagement) bzw. atomwaffenfreies Europa; militärische Verteidigung nur durch Defensivwaffen; soziale Verteidigung und einseitige Abrüstung* — bildet die Forderung nach einer „atomwaffenfreien Zone in Europa“ den wichtigsten programmatischen Berührungspunkt der einzelnen Flügel und Gruppen. Für dieses (Fern-)Ziel, dem sich auch maßgebliche Politiker von SPD und FDP zumindest verbal angeschlossen haben, wollen die meisten Aktivisten der Bewegung die Öffentlichkeit mobilisieren und um Unterstützung für eine Art „Nuklearpazifismus“ werben. Deutlich erkennbar ist die etwa im „Friedensmanifest '82“ (formuliert um die Jahreswende 1981/82 in West-Berlin unter der Federführung von Heinrich Albertz, Erhard Eppler, Helmut Gollwitzer, Horst-Eberhard Richter u. a.) zum Ausdruck kommende Absicht der führenden Köpfe der „Friedensbewegung“, über die Verhinderung der „Nachrüstung“ hinaus auf den ersten Blick utopisch erscheinende Fernziele, „konkrete Utopien“ anzusteuern, d. h. von der bloßen Verweigerung und Blockierung wegzukommen, hin zu einer humaneren Politik und Gesellschaft. Den Traum einer „Welt ohne Waffen“ ins Blickfeld der praktischen Friedenspolitik zu rücken, ihn zur Leitlinie jeder konkreten Sicherheitspolitik zu machen — dies scheint der größte Teil der „Friedensbewegung“ auf seine Fahnen geschrieben zu haben.

Idealistische, moralisch-ethische Grundmotivation

Da noch Mitte 1980 von einer „Friedensbewegung“ nicht die Rede war, spricht viel dafür, daß es sich bei diesem rasch angewachsenen Protestpotential um eine außerparlamentarische Volksbewegung, um eine Bündelung höchst *unterschiedlicher* Gruppen und Initiativen handelt, die weniger von der Einheit als von der Vielfalt lebt und Impulse von den verschiedensten Gruppierungen (politische, soziale, konfessionelle) und Fraktionen erhält. Einzelpersonen und Gruppen unterschied-

Vielschichtigkeit der „Friedensbewegung“

**Auslösung von
„Sickerprozessen“**

lichster Herkunft, fast aller Altersklassen und mit teilweise völlig gegensätzlichen Zielen und Programmen haben sich zu projektorientierten gemeinsamen Äußerungen und Aktivitäten zusammengefunden, um eine nach ihrer Meinung neue gefährliche Dimension atomarer Bedrohung von deutschem Territorium fernzuhalten. Die Stärke und das Hauptmerkmal der „Friedensbewegung“, ihre Vielfältigkeit, ist gleichzeitig auch ihre Schwäche: Regionalisierung und Aufsplitterung in einzelne Gruppen und Grüppchen bedeutet in der Praxis Minderung ihrer öffentlichen Breitenwirkung, Orientierungslosigkeit und mangelhafte organisatorische Durchsetzungsfähigkeit. Realistische Schätzungen gehen von der Existenz von rund 4000 „Friedensgruppen“ und „Friedensinitiativen“ in der Bundesrepublik Deutschland aus. Alle Unterschriftensammlungen der „Friedensbewegung“ dürften etwa 10% der erwachsenen westdeutschen Bevölkerung erreicht haben. Dennoch, so scheint es, ist sie auf dem Weg, politischen und sozialen Strömungen zum Durchbruch zu verhelfen, die sich im Parlament und innerhalb der Parteien nicht entfalten können. Damit läßt sich erneut ein Eindringen gesellschaftlicher Bewegungen und Einflüsse auch in die internationale Politik und Diplomatie beobachten: Gesellschaften scheinen heute wichtiger zu sein als Regierungen, die in ihren Entscheidungen in wachsendem Ausmaß von ihren Bevölkerungen abhängen. Immer mehr Bürger haben gelernt, ihre Interessen und Besorgnisse offen zu diskutieren und auf eigenen Pfaden voranzubringen.

II. Zur Quantität und Qualität kommunistischer Beeinflussungs- und Steuerungsversuche

Die Unabhängigkeit der „Friedensbewegung“ insgesamt dokumentierte sich wiederholt in der erfolgreichen Abwehr von Versuchen einzelner Gruppen (Grüne, DKP), die Bewegung in bestimmte politische Richtungen zu lenken und sie für einseitige politische Beeinflussungs- und Durchdringungsversuche anfällig zu machen.

**Steuerung
von außen?**

In diesem Zusammenhang taucht fast zwangsläufig die Frage nach einer möglichen Steuerung der „Friedensbewegung“ auf, die immer dann in den Vordergrund rückt, wenn sich eine schnell angeschwollene Massenbewegung den herkömmlichen öffentlichen Erklärungsmustern entzieht. Gerade weil die Frage einer Beeinflussung von außen in der öffentlichen Diskussion insbesondere parteipolitisch kontrovers beantwortet wird — und dies mit zum Teil sehr fragwürdigem Beweismaterial — soll im folgenden auf einige Aussagen sachkundiger Stellen zurückgegriffen werden. Zwei parlamentarische Anfragen zu diesem Thema von CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten beantwortete der damalige Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, von Schoeler, am 1. September und 13. November 1981 mit dem Hinweis, daß der Bundesregierung bzw. dem Bundesamt für Verfassungsschutz keine Erkenntnisse vorlägen, wonach „Friedensbewegungen“ in der Bundesrepublik Deutschland durch den sowjetischen Geheimdienst KGB gesteuert würden bzw. eine finanzielle Förderung der „Friedensbewegung“ aus Moskau erfolge.⁸⁾

Anfang Dezember 1981 meldete die Deutsche Presseagentur (dpa), die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern seien aufgrund langer Beobachtungen und Ermittlungen zu der Schlußfolgerung gelangt, orthodoxe Kommunisten (DKP und ihre Nebenorganisationen) bildeten zwar eine zahlenmäßige Minderheit, stellten aber die „größte geschlossene und aktivste Gruppierung“ in der Bewegung dar. Allerdings sei zweifelhaft, ob es der DKP gelingen werde, die „Friedensbewegung“ für andere Nahziele zu gewinnen.⁹⁾

DKP-Spektrum = größte geschlossene und aktivste Gruppierung in der Bewegung

Der damalige Präsident des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz, Richard Meier, erklärte Mitte Januar 1982, entgegen anderslautenden Meldungen steuere der sowjetische Geheimdienst KGB die „Friedensbewegung“ nicht (um das Gewicht seiner Aussage offenbar noch zu unterstreichen, verwies Meier darauf, kein Nachrichtendienst der westlichen Welt habe so viele Spionagefälle aufgedeckt wie der westdeutsche Verfassungsschutz).¹⁰⁾

Der damalige Bundesinnenminister Baum betonte in seiner schriftlichen Antwort vom 19. Januar 1982 namens der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten zu dieser Thematik, daß es bei Aktionen gegen den NATO-Doppelbeschluß „zu unterschiedlichen Formen des Zusammenwirkens von orthodoxen Kommunisten und Nichtkommunisten“ gekommen sei. „Die weitaus überwiegende Mehrheit der Teilnehmer der Demonstration vom 10. Oktober 1981 lehnt kommunistische Zielsetzungen ab. Unsere freiheitliche Demokratie muß das friedliche Engagement von Bürgern auch dann ernst nehmen, wenn Kommunisten mitmarschieren oder mitorganisieren“.¹¹⁾

Es spricht angesichts dieser Einschätzungen vieles dafür, daß die inzwischen auf schätzungsweise weit über 2 Millionen „Mitglieder“ und Aktivisten angewachsene Bewegung längst zu groß und (auch politisch) zu vielschichtig geworden ist, als daß sie überhaupt noch von einer Seite „fernzusteuern“ wäre. Auch die Anerkennung der kommunistischen Gruppierungen, die bisher Randgruppen geblieben sind, als gleichberechtigte Partner durch andere beteiligte Kräfte der „Friedensbewegung“ hat den moskautreuen Kommunisten bisher nicht automatisch und unbedingt die Chance eingeräumt, ihre politische Isolierung auch in anderen Bereichen zu durchbrechen. Alle bekanntgewordenen Versuche der DKP (vor allem ihrer jüngeren Mitglieder), „Friedensgruppen“ und „Aktionskonferenzen“ zu unterwandern und zu steuern, sind bisher fehlgeschlagen. Kommunisten, so lassen sich die vorliegenden Daten und Beobachtungen zusammenfassen, sind dabei, marschieren und organisieren mit, aber weder prägen sie das Gesamtbild der „Friedensbewegung“ noch haben sie ihr den Anstoß gegeben. Die weitaus überwiegende Mehrheit der Bewegung lehnt kommunistische Zielsetzungen ab.¹²⁾

Mehrheit der „Friedensbewegung“ lehnt kommunistische Zielsetzungen ab

Unbestreitbar stellt sich aber für die Atomwaffen-Gegner grundsätzlich die Frage der „Bündnispolitik“, d. h. der Abgrenzung gegenüber jenen Teilen der „Friedensbewegung“, die der offiziellen sowjetischen Position in der Nachrüstungsdiskussion einseitig Gehör und Geltung verschaffen wollen und mittels Schwarzweiß-Deutungen nur die Rüstung des östlichen Bündnisses als „objektiv friedenserhaltend“ darstellen. Die Antwort auf die Frage, *wie* die „Friedensbewegung“ mittel-

Zur notwendigen Abgrenzung gegenüber den pro-sowjetischen Gruppierungen

fristig mit dem Problem der in ihr wirkenden geschlossenen Kadergruppen („Trittbrettfahrer“) fertigwerden wird, dürfte darüber entscheiden, ob sie als Massenbewegung oder nur als Splittergruppierung überleben kann. Auch von Friedensforschern, die der „Friedensbewegung“ nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, ist die illusionäre Einschätzung der sowjetischen Rüstungsdynamik durch große Teile der Bewegung kritisiert worden.¹³⁾

In der Tat scheint der sowjetischen Diplomatie ein dreifacher Kraftakt gelungen zu sein: Eine außerordentliche, hauptsächlich gegen Europa gerichtete Aufrüstung zu bewerkstelligen, die eigene Gesellschaft immer stärker zu militarisieren und sich trotzdem an die „Spitze einer Friedenskoalition“ zu stellen, ohne irgendwelche substantiellen Konzessionen zu machen. Die teilweise völlige Ausblendung des Machtfaktors Sowjetunion, ihres Kräftepotentials, ihrer außen- und sicherheitspolitischen Interessenausrichtung und ihrer Herrschaftsordnung kennzeichnet die begrenzte Wahrnehmung nicht weniger Anhänger der Bewegung.¹⁴⁾

III. Rekrutierungspotential, Selbstverständnis und Wirkung der „Friedensbewegung“

Obwohl die wissenschaftliche Sozialforschung die studentische Protestbewegung Ende der sechziger Jahre nicht rechtzeitig erkannte und herkömmliche repräsentative Befragungen häufig nicht auf die Lebenspraxis der jugendlichen Zielgruppen zugeschnitten sind (was allerdings für die letzte der beiden umfangreichen Shell-Jugendstudien von 1979 und 1981 nicht zutrifft), bieten sich für eine Untersuchung des Potentials der „Friedensbewegung“ zahlreiche empirische Erhebungen aus der letzten Zeit an.

Vor allem aus der breit angelegten demoskopischen Umfrage des Bielefelder EMNID-Instituts, die in der ersten Oktoberhälfte 1981 und Ende März 1982 durchgeführt wurde,¹⁵⁾ läßt sich ein erstes aufschlußreiches Bild ermitteln.

Als „potentiell Aktiver“ der Bewegung läßt sich demnach jemand bezeichnen, der in der Regel das folgende Profil aufweist:

- unter 36 Jahre alt,
- höhere Schulbildung (Abitur),
- kein fester CDU/CSU-Wähler,
- „postmaterialistische“ (d. h. nicht-materielle) Einstellung,
- Tendenz zu Formen „unkonventionellen Verhaltens“ (Proteste, Demonstrationen, Bürgerinitiativen, etc.).

Lediglich 8—9 % der insgesamt befragten Bundesbürger bilden nach diesen Daten das aktive Handlungspotential der „Friedensbewegung“, die passiven Befürworter der Bewegung stellen mit 39—44 % die größte Gruppe. 74 % aller Befragten lehnen jede Form von Gewalt ab; die Gewaltbereitschaft wird offensichtlich häufig überschätzt (dieses Ergebnis haben übrigens auch Untersuchungen der Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen allgemein erbracht).¹⁶⁾

**Die Strategie
Moskaus**

**Soziales Profil
eines Anhängers
der Bewegung**

Eine soziologisch bedeutsame Veränderung vollzog sich im Wertesystem vor allem der jüngeren Generation, in der Einstellung zum materiellen wie nicht-materiellen Lebensstandard (Sozialwissenschaftler haben in diesem Zusammenhang für den Begriff der „Lebensqualität“ folgende Kriterien gefunden: Ausreichende und ausgewogene Versorgung, größere Verteilungsgerechtigkeit, wachsende Beteiligungschancen und persönliche Zufriedenheit.¹⁷⁾ Seit Ende der sechziger bzw. Anfang der siebziger Jahre hat eine deutliche Verschiebung in der Werterangfolge insbesondere der 15- bis 24jährigen stattgefunden. Sozialwissenschaftler und Demoskopien diagnostizieren eine „stille Revolution“ der Bedürfnisse, Erwartungen und Wertorientierungen in Richtung auf eine steigende Bedeutung von postmateriellen, d. h. nicht-materiellen, eher geistig-ideellen Werten: Persönliche Selbstverwirklichung, Zusammengehörigkeitsgefühl und Mitwirkung an politischen und sozialen Entscheidungsprozessen spielen eine erheblich größere Rolle als materieller Wohlstand, Sicherheit und Konsumorientierung und nehmen in der persönlichen Wunschkala Vorrang ein.¹⁸⁾ Dies erscheint umso bemerkenswerter, als die heute 20jährigen, die „Kinder des Wachstums“, in Stabilität und Wohlstand, die selbstverständlich waren, aufgewachsen sind und ihre Vorstellungen von einem verbreiteten Anspruchsdenken geprägt wurden. Eher abstrakte Begriffe wie „Frieden“ und „Freiheit“ sind von dieser Generation nicht als Summe von Erfahrungen ihrer Verneinung erlebt worden und haben deshalb an Ausstrahlungskraft verloren. Detaillierte Forschungen lassen im Prozeß der Umschichtung der Werte ein Generationengefälle erkennen:

Ablösung materieller Werte durch nicht-materielle Orientierungen

Während die Älteren noch fast ausschließlich auf materielle Werte fixiert sind, zeichnet sich ein beinahe radikaler Bewußtseinswandel bei den jüngeren Altersgruppen ab, der als aufschlußreiches Signal für die künftige Politik gewertet werden muß. Für einen Teil der Jugendlichen wie auch für immer mehr Hochschulabsolventen bedeutet „Karriere“, d. h. ein „normaler“ Werdegang oder herkömmlicher Lebensentwurf nicht mehr das wichtigste, sondern eher eine freie, private Lebensgestaltung ohne die üblichen Zwänge und Anpassungsprozesse. Ein „Durchschnittslebenslauf“ erscheint nicht mehr besonders attraktiv.

Auch in Verhaltensweisen und Einstellungen Jugendlicher gegenüber der Politik verdienen einige interessante Beobachtungen Aufmerksamkeit: Eine relativ breite Zustimmung zum demokratischen System der Bundesrepublik Deutschland ergibt sich aus einer positiven Grundeinstellung von ca. 60–70% (manche Untersuchungen sprechen sogar von 87–90%), bei deutlich erkennbarer Kritik im einzelnen. Die Zustimmungquote liegt damit höher als in anderen westlichen Demokratien.¹⁹⁾ Die politisch fordernde Generation der Studentenbewegung von 1968/69 ist — wie die entsprechenden Daten belegen — offenkundig von einer Generation abgelöst worden, die eher zu einem „Marsch *aus* den Institutionen“ neigt. 80% der befragten Jugendlichen waren 1979 mit dem Wirtschaftssystem der Bundesrepublik „im großen und ganzen zufrieden“, 1973 waren es nur 70%.²⁰⁾

Der Marsch aus den Institutionen

Auch bei der Einordnung junger Menschen in die bestehende Parteienlandschaft ergeben sich bemerkenswerte Resultate. Auf die Frage, welche politische Gruppe-

**Wachsende
Sympathien für
„Die Grünen“**

rung ihnen alles in allem am nächsten stehe (gefragt wurde nicht nach einer potentiellen Wahlentscheidung), entschieden sich 24% der Befragten für die SPD, 20% für die „Grünen“, 18% für die CDU/CSU und 6% für die FDP; auf alle anderen Gruppierungen (DKP, KBW, NPD und Freie Wählervereinigungen) entfielen jeweils weniger als 0,5%.²¹) Zwei Schlüsse lassen sich aus diesen Erhebungen ziehen: „Die Grünen“ verfügen bei den Jugendlichen über große Sympathien, während extrem linke und rechte Gruppen auf keinerlei Resonanz stoßen.

Unmittelbar mit dieser Aussage verknüpft ist die für die Herausbildung von Reserven für die „Friedensbewegung“ wichtige Frage nach der Attraktivität von Protestbewegungen für die junge Generation. Engagierte Protestbewegungen (und damit sicherlich auch die vielschichtige „Friedensbewegung“) stoßen bei den Jugendlichen allgemein, — die in ihrer Mehrheit kaum von der offiziellen Politik Notiz nehmen (eine wachsende Zahl geht nicht mehr zur Wahl) —, auf viel Sympathie. 50—80% stehen Umweltschützern, Alternativen, Hausbesetzern und Kernkraftgegnern positiv gegenüber.²²) Je mehr sich große Teile der jungen Generation von der offiziellen Politik und den sie tragenden Parteien abwenden, desto eindringlicher wird die Suche nach einer anderen Identität.

**Politikverdrossen-
heit der jungen
Generation**

Vor allem drei Kritikpunkte werden von Jugendlichen gegen „die Politik“ immer wieder vorgebracht: Die Unüberschaubarkeit von Politik, Staat und Bürokratie mache es schwierig, verantwortliche Gesprächspartner zu finden; zweitens die Handhabung des Rechts als Mittel zur Durchsetzung der Interessen von politisch und wirtschaftlich mächtigen Einzelpersonen und Gruppen; drittens schließlich die Tatsache, daß die Erwachsenen grundsätzlich die vorhandenen gesellschaftlichen Widersprüche passiv, d. h. als gegeben hinnehmen. Das insbesondere in Protestgruppen verbreitete Gefühl der *moralischen Überlegenheit* hat hier seine Wurzeln: Nur die nicht angepaßten Jugendlichen seien noch fähig dazu, diese Widersprüche wahrzunehmen und eine besondere Sensibilität für die notwendige Problemlösung zu entwickeln.

Als Hauptwidersprüche werden genannt:

- Steigende Rüstungsausgaben und wachsende Lebensmittelberge einerseits, Hunger und Masseneleid in den Entwicklungsländer andererseits;
- Radikale Ahndung von Straftaten Jugendlicher (Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung etc.) einerseits, zunehmende „Gesellschaftsfähigkeit“ von Wirtschaftsverbrechen andererseits;
- Gerechtigkeit und Solidarität sind nur abstrakte Begriffe, während in der Praxis häufig Entscheidungen zu Gunsten mächtiger Interessengruppen gefällt werden.

Miteinzubeziehen in das Spannungsverhältnis zwischen offizieller Politik und größeren Teilen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist das oft diskutierte, aber häufig überschätzte Problem der (auch politisch motivierten) Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen. Auf die durch den Medienkonsum offen zu Tage tretenden Auswahlmechanismen der Massenmedien, ungewöhnliches, der Norm widersprechendes Verhalten gerade von Jugendlichen mit erhöhter Aufmerksam-

keit zu „belohnen“, wurde bereits hingewiesen. Es ist hinreichend belegt, daß die Medienberichterstattung tatsächliche Vorfälle, bei denen Gewalt praktiziert wird, verzerrt wiedergibt. Gewaltanwendung bei Demonstrationen (Brokdorf, Gorleben, Startbahn West, Hausbesetzungen), bei rechtsradikalen Gruppierungen (Wehrsportgruppe Hoffmann, Junge Nationaldemokraten), in der Drogenszene oder in Fußballstadien ist *nicht* repräsentativ für eine generelle Gewaltbereitschaft.

**Die überschätzte
Gewaltbereitschaft bei
Jugendlichen**

Bei Zusammenstößen mit den Sicherheitsorganen wird das Gesamtbild von jenen kleinen Demonstrationsgruppen bestimmt, die Konflikt und Krawall um fast jeden Preis suchen und dadurch besondere Aufmerksamkeit der begleitenden Medien genießen. Insgesamt kann ein Zusammenhang zwischen dem Ausbleiben von Reaktionen der politischen Institutionen auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen, auf welche zunächst mit üblichen Mitteln von den Jugendlichen aufmerksam gemacht wurde, und einem Ansteigen der Gewaltbereitschaft hergestellt werden. Jugendliche mit Abitur, Studium oder Hochschulabschluß weisen eine deutlich größere Bereitschaft zu unkonventionellen, ungewohnten Protestformen auf: 20–30% der besser ausgebildeten sprechen sich – gegenüber 13–17% der übrigen Jugendlichen – für derartige Aktionen aus; allerdings gilt dies nicht für Aktivitäten, die von Anfang an eine gewaltsame Konfrontation einschließen. Die Notwendigkeit von Gewaltanwendung bejahen nur 3% der Jugendlichen und 4% der Studierenden. 92% der Studenten und 93% ihrer übrigen Altersgenossen lehnen Gewalt als letztes Mittel der Politik ab.²³⁾

Wie bereits dargelegt, stellt das Interessengebiet „Frieden, Sicherheit und Abrüstung“ für die junge Generation das wichtigste Thema dar (im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung, für die Ende 1981 Arbeitslosigkeit und steigende Energiekosten noch bedeutender waren.²⁴⁾ In Argumentation und praktischen Verhaltensweisen der Generation unter 25 Jahren lassen sich einige aufschlußreiche Tendenzen erkennen:

**Tendenzen in der
sicherheitspolitischen
Argumentation junger Leute**

- Die aktuelle sicherheitspolitische Auseinandersetzung wird relativ informations- und wissensarm geführt (ein Indiz dafür, wie sehr die Themen Frieden und Sicherheit in der Schul- und Ausbildung, aber auch in der öffentlichen Diskussion seit langer Zeit vernachlässigt worden sind). Das steigende Interesse an Sicherheitspolitik verbindet sich gleichzeitig mit der Scheu vor der Vielschichtigkeit politischer Zusammenhänge.
- Viele jugendliche Diskussionspartner überschätzen, mangels eigener Sachkenntnis, den eigenstaatlichen Handlungsspielraum der Bundesrepublik Deutschland (begrenzt durch die Folgen des verlorenen Krieges, Bündnisverpflichtungen, wirtschaftliche Abhängigkeit sowie durch handels- und währungspolitische Verflechtungen).
- Ablauf und Muster der Debatten mit Jugendlichen lassen deutlich werden, daß militärstrategische Begründungen und detaillierte Sachinformationen über die westliche und östliche Sicherheits- und Rüstungspolitik nur sehr schwer vermittelbar sind (dennoch zeichnete sich 1982/83 nach den Berichten der Jugendoffiziere der Bundeswehr, die an den Schulen über den Sinn des

Wehrdienstes und über die Aufgaben der Streitkräfte informieren, eine zunehmend wohlwollende Haltung und Einstellung zur Bundeswehr ab, die auf eine steigende Anerkennung stößt).

IV. Der (sozial-)psychologische Hintergrund

In der veröffentlichten Meinung sind drei große Motivbündel des aktuellen Protestverhaltens und — als Teil von ihm — der „Friedensbewegung“ genannt worden:²⁵⁾

- Anti-Modernismus (d. h. die Ablehnung der Wachstums- und Wegwerfgesellschaft);
- Anti-Nuklearismus (die Kernkraftgegnerschaft);
- Pazifismus (die Ablehnung jedes Krieges aus religiösen oder ethischen Gründen).

Ob diese ziemlich pauschale Unterteilung der Antriebskräfte von Protest und Verweigerung den Kern trifft oder eine eher willkürliche Auflistung darstellt, soll zunächst offenbleiben. Hilfreicher erscheint vielmehr eine Aufteilung des jugendlichen Protestverhaltens in Anlässe, Gründe, Zielrichtung und Hintergrundmotive.

Anlässe, Gründe und Zielrichtung des Protestverhaltens

Zu den *Anlässen*: Sie können von einer Mittelkürzung für oder Schließung von Jugendzentren (in Zürich, Freiburg, Nürnberg) über Räumungen besetzter Häuser bis hin zu Todesfällen von Gleichgesinnten (wie in Berlin) reichen.

Auch *Gründe* lassen sich fast immer finden: Vietnamkrieg, Notstandsgesetze, Kernkraftwerke, Wohnungspolitik, atomare Rüstung etc.

Ebenso können über die *Zielrichtung* des aktuellen Protestes vor dem Hintergrund bisheriger Beobachtungen recht genaue Aussagen formuliert werden:

Auflehnung und Verweigerung Jugendlicher richten sich *nicht* in erster Linie gegen politische Institutionen und staatliche Organe, gegen das „System“ schlechthin (wie zur Zeit der antiautoritären Studentenbewegung von 1968/69, die sich eine umwälzende gesellschaftliche Erneuerung zum Ziel gesetzt hatte). Sie wenden sich auch *nicht* gegen politische und soziale Grundwertevorstellungen, wie die breite Zustimmung zum politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik klar belegt hat, eher gegen die *Nicht*verwirklichung dieser Grundrechte und Ausgestaltungsgrundsätze. Zielrichtung des Jugendprotestes ist das für den Einzelnen jeweils im Alltag unmittelbar Erfahrbare, Erlebte, Nachvollziehbare, wie beispielsweise die ständig steigende Umweltbelastung, das Fehlen ausreichender Ausbildungsplätze, die Kürzung von Ausbildungsbeihilfen, die sich in Großstädten ausbreitende Wohnungsnot, der Bau von Kernkraftwerken und Startbahnen, die häufig nicht einsehbare Rodung von Wäldern etc.

Für das Gesamtbild des Protestverhaltens kommt der Frage nach dessen „*inneren*“ *Antriebsmomenten*, nach dem psychologischen Hintergrund ausschlaggebende Bedeutung zu. Eine erste Analyse des bisher gewonnenen Datenmaterials ergibt ein aufschlußreiches Ergebnis:

Die nachwachsende Generation zeichnet sich heute durch ein früheres körperliches Erwachsenwerden aus, während sich das soziale Erwachsenwerden immer länger hinauszögert. Schulausbildung, Berufsausbildung und Studium dauern immer länger. Die Struktur der Arbeitsplätze legt langjährige Ausbildungsgänge nahe, der Eintritt in eine Erwerbsposition schiebt sich hinaus. Feststellbar ist grundsätzlich eine deutliche Verlängerung des Aufenthalts von Heranwachsenden in pädagogischen Einrichtungen, die auch den Arbeitsmarkt entlastet. Trotz schlechterer Berufschancen und Perspektiven streben Schüler und Eltern immer höhere Schulabschlüsse an. Das Motiv hierfür liegt in der Absicht der Betroffenen, einmal generell die Risiken einer Arbeitslosigkeit so weit wie möglich zu vermindern und zweitens angesichts des harten Verdrängungswettbewerbs in sozial herausgehobene Positionen zu gelangen. Logische Konsequenz dieser Entwicklung ist, daß sich der „Schock“ des Eintritts ins Arbeitsleben hinausschiebt, dadurch aber nichts von seiner Heftigkeit einbüßt.

Im Gegenteil: Zwischen Reife und Erwachsenenleben, zwischen Jugend und Erwachsensein öffnet sich ein immer breiteres Niemandsland. In diese Lücke tritt eine neue gesellschaftlich geregelte Altersstufe. Immer mehr Menschen treten nach ihrer Jugendzeit als Schüler nicht ins Erwachsensein, sondern in eine Nach-Phase des Jungseins über. Diesen neuartigen Zeitabschnitt, der das Leben etwa im dritten Lebensjahrzehnt bestimmt, haben Sozialwissenschaftler als sogenannte „*Nach-Jugendphase*“ (Post-Adoleszenz) bezeichnet. Sie umschreibt eine Entwicklung, die sich durch eine soziale, moralische, geistige und kulturelle Verselbständigung der Jugendlichen, die jedoch noch nicht auf eigenen Beinen stehen, auszeichnet. Mit anderen Worten: Der junge Mensch von heute ist früher mündig und fähig, als selbständige Person an Konsum und Lebensweise der Gesellschaft aktiv teilzunehmen, während er relativ spät durch eigene Arbeit seinen Unterhalt verdient. Damit schrumpft die Zeit des im Elternhaus wohlbehüteten Heranwachsenden erheblich zusammen. Lösung und Abnabelung vom Elternhaus, die mit dem Eintritt in die „*Nach-Jugendphase*“ verbunden sind, bedeuten für den Einzelnen zunächst ein Fallen aus allen sinnvollen, vertrauten Bezügen; Fremdheit und Unverbundenheit werden zum erstenmal physisch erfahren und müssen bewältigt werden. Es fehlt das Gefühl der Bestätigung und der verantwortlichen Betätigung.

Fremdheits- und Anonymitätserfahrung

Alle diese entbehrten Gefühle finden sich dann eher zufällig in einer gemeinsamen Aktion *gegen* etwas wieder (gegen die Kürzung von Ausbildungsbeihilfen, gegen eine Erhöhung der Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel, gegen eine Erhöhung der Mensa-Preise, gegen die als ungerecht empfundenen Bestimmungen eines Hochschulgesetzes etc.). In einer solchen, zunächst nur von formaler Übereinstimmung gekennzeichneten Gemeinschaft werden jene Gefühle der Zusammengehörigkeit, der Kameradschaft, ja: der „*verschworenen Gemeinschaft*“ und der Solidarität

Suche nach der eigenen Identität

wieder erlebt. Erst in einem derartigen, vielleicht nur äußerlichen Auflehnungsprozeß entstehen Gemeinschaftsgefühle; erst die gemeinsame Betroffenheit erzeugt Gemeinsinn und Übereinstimmung. Hier können Engagement und Kreativität freigesetzt, alle jene „Sehnsüchte“ artikuliert werden, für die im bürokratisch weitgehend durchorganisierten modernen Staat mit seinen vom Einzelnen in vielen Bereichen erfahrbaren Sachzwängen oder an der Massenuniversität mit ihren Verschulungstendenzen und ihrem Normdenken kein Platz mehr ist. Hier lassen sich Kontaktarmut, Vertrauenshürden und Namenlosigkeit abbauen. Vor diesem Hintergrund gewinnen die Antriebskräfte für Gewaltanwendung mehr Gewicht. „Gewalt“ — so formulierte die nach den Jugendunruhen in Zürich 1980 vom Schweizer Parlament eingesetzte „Eidgenössische Kommission für Jugendfragen“ in ihren Thesen zu den Jugendunruhen — „gegen außen ist auch nur eine und dabei eine irgendwie noch auf Kommunikation ausgerichtete Folge der erwähnten Isolation.“ Das hintergründige Ziel solcher Gewalt sei nicht Zerstörung, sondern „Ausbruch aus der Isolation“ oder „zumindest Eroberung eines Freiraumes, in dem eine eigene Identität, ein Leben nach dem persönlichen Selbstverständnis aufgebaut werden kann“.²⁶⁾

Hinzu tritt für den einzelnen Jugendlichen eine weitere persönliche Erfahrung: Der Pluralismus, die Vielgestaltigkeit unserer Gesellschaft mit ihrem Grundwert „Toleranz“ ist weitgehend ausgehöhlt. In den meisten, für jeden konkret erfahrbaren Lebensbereichen (Rechtsordnung, Wirtschaft, Sozialordnung) wird der Spielraum für individuelle Entfaltung kleiner, das Netz staatlicher Kontrollen dichter. Alles ist zunehmend enger und kleinmaschiger, das „Korsett des Alltags“ spürbar geworden. Schlußfolgerung für die jüngeren Mitbürger: Die Toleranz ist Schein, der Druck echt. Aus dem pluralistischen Gewährenlassen wurde und wird ein Vernachlässigen — in der Familie, zwischen den Generationen, innerhalb der Gesellschaft.

Eng mit diesen Beobachtungen und Erfahrungen verknüpft ist das Phänomen der „Angst“, das nicht nur in den Schlagzeilen von Nachrichtenmagazinen, in Funk und Fernsehen einen herausgehobenen Aufmerksamkeitswert gewonnen hat. Demoskopische Klimamessungen (Allensbach — Studie vom Juni 1981) erbrachten einen aufschlußreichen Befund:²⁷⁾

Nur 28 % der befragten Bundesbürger haben Vertrauen zu ihren Mitmenschen (1976 waren es 39 %, 1978 34 %). Eine deutliche Angst vor einer nicht mehr oder noch nicht beherrschbaren Technik sowie das Gefühl einer zunehmend fremder werdenden Welt stellen weitere Anzeichen für eine zunehmende „Ohnmachterfahrung“ dar. Die Folge: Man rückt dichter zusammen; was nicht zum unmittelbaren Erfahrungsbereich gehört, wirkt bedrohlich (Atomwaffen etc.). Der Rückzug in den privaten, vertrauten, überschaubaren Bereich erscheint als logische Konsequenz dieser „Fremdheitserfahrung“. Der *Zusammenbruch des Glaubens an die „Machbarkeit“* (von Politik, Fortschritt, Abrüstung, Wachstum etc.) hat bei vielen, nicht nur jungen Menschen ein Angstpotential hinterlassen: Die wichtigsten „Angstauslöser“ bilden heute in der Bundesrepublik Deutschland Arbeitslosigkeit, Atomwaffen, Kriegsgefahr und soziales Unrecht.²⁸⁾ „Angst zu haben“, ist für viele

Zusammenbruch des Glaubens an die „Machbarkeit“

Jugendliche und für große Teile der „Friedensbewegung“ zum Erkennungszeichen, zum Ausweis einer besonderen Sensibilität, ja menschlichen Qualität geworden. Der Evangelische Kirchentag in Hamburg vom Juni 1981 und die Bonner Massendemonstration gegen neue Atomraketen auf deutschem Boden vom 10. Oktober 1981 haben diese Beobachtung eindringlich vermittelt.

Allerdings tut sich hier ein auf den ersten Blick erstaunlicher, durch persönliche Eindrücke und Umfrageergebnisse untermauerter Widerspruch auf: Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen fürchten sich *nicht* in dem Ausmaß, wie sie sich angesichts ihrer Gefährdung durch die angehäuften Atomwaffenlager eigentlich fürchten müssten. Den Grund hierfür liefert ein Rückgriff auf die stammesgeschichtliche Entwicklung des Menschen: Das Individuum ist von seiner fortschreitenden Entwicklung her darauf eingerichtet, nur die akute, unmittelbare, konkret-persönliche Bedrohung zu fürchten, nicht hingegen die anonyme, nicht konkret erfahrbare oder vorstellbare Gefährdung (etwa durch Kernwaffen und die damit verbundenen militärstrategischen Vorstellungsbilder, Risikoeinschätzungen und Schadenserwartungen).

**Angst als
Antriebsmoment
und Klammer der
„Friedens-
bewegung“**

Allerdings drängt sich in diesem Zusammenhang die Frage auf, wie lange sich „Angst“ als tragfähige Grundlage für eine sich als politisch verstehende Bewegung konservieren läßt. Zumindest fragwürdig erscheint in diesem Zusammenhang die Übertragung von psychotherapeutischen Einsichten — etwa der auf den Einzelmenschen bezogenen Erkenntnis, daß Angst und Verzweiflung durch Selbsteingeständnis viel von ihrer belastenden Wirkung verlieren — auf *zwischenstaatliche* Verhältnisse. In der internationalen Politik, wo gegensätzliche Interessen, Weltanschauungen und Machtmittel eine entscheidende Rolle spielen, löst sich Angst schwerlich dadurch auf, daß sich Staaten bzw. ihre Repräsentanten zu ihr bekennen.²⁹⁾

V. Antriebsmomente und Inhalte des Jugendprotestes Anfang der achtziger Jahre

Die für eine Einschätzung der „Friedensbewegung“ wesentliche Fragestellung nach ihrer Entstehungsgeschichte und die sie auslösenden Faktoren und Ereignisse in den sechziger und siebziger Jahren gewinnt erst vor dem Hintergrund einer Untersuchung der Antriebskräfte der Jugendunruhen allgemein deutlichere Gestalt.

Eine Auswertung des verfügbaren Datenmaterials läßt auf fünf offenbar ausschlaggebende Ursachen schließen:

1. Das Gefühl der Bedrohung der Lebensgrundlagen ist unübersehbar und gipfelt im Empfinden, daß einem „das Wasser bis zum Halse“ stehe. Auf den engen Zusammenhang zwischen pessimistischer Zukunftserwartung einerseits und parallel dazu steigendem Engagement für Protestbewegungen andererseits wurde bereits verwiesen. Der Protest wird offenbar immer mehr zu einer Art Dauerausdrucksform des besser ausgebildeten Teils der Jugend.³⁰⁾

**Bedrohtheits-
gefühle**

2. Das Vertrauen in den Staat und die großen politischen Parteien hat, was die ihnen zugetraute Problemlösungsfähigkeit betrifft, erheblich abgenommen (EMNID — Umfrage vom Oktober 1981):³¹⁾

61 % der bis 21jährigen,
69 % der bis 25jährigen und
64 % der bis 29jährigen
halten die Parteien für unfähig zur Problemlösung.

79 % der bis 21jährigen,
86 % der bis 25jährigen, und
77 % der bis 29jährigen
vertreten die Ansicht, Politiker wüßten nicht mehr, was die Leute denken
(deutlicher läßt sich „Bürgerferne“ nicht mehr belegen!).

3. Für den überwiegenden Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, der das Scheitern der Studentenbewegung von 1968 teilweise noch miterlebt hat, ist der sogenannte „Marsch durch die Institutionen“ und damit die angestrebte gesellschaftliche Erneuerung fehlgeschlagen. Deshalb wird der *praktischen* Entwicklung von alternativen Lebensformen Vorrang eingeräumt. Viele junge Menschen, die sich infolge nur mangelhafter Vertretung ihrer Interessen von Parteien und gesellschaftlichen Verbänden abgewandt haben, „steigen nicht aus“, sondern *gar nicht erst ein*. „Der Marsch *durch* die Institutionen“ ist zu einem „Marsch *aus* den Institutionen“ bzw. in selbstgeschaffene Institutionen geworden, d. h. zum Weg in eine von der übrigen Gesellschaft weitgehend abgeschlossene und unabhängige Alternativszene. Was die Jugendlichen vorfänden — so die Shell-Studie „Jugend '81“ —, diene lediglich als Baumaterial für eine Nebengesellschaft. Diese Tendenz zur „Selbstausschließung“ oder „Selbstaussgrenzung“ von Teilen der jungen Generation vollzieht sich nach soziologischen Erkenntnissen grundsätzlich in *vier Fluchtformen*: In Teilnahmslosigkeit, in subkultureller Gettobildung (wie etwa in Berlin), in der Flucht in (Jugend-)Sekten oder in der bewaffneten Form der Selbstausschließung, dem Terrorismus.

4. Die zahlreichen „Mißerfolgserlebnisse“ und „Ohnmachtserfahrungen“, die in der Regel jene Teile der jungen Generation hinter sich haben, die Gewalt als politisches Mittel nicht ausschließen, hat bei vielen zu der Erkenntnis geführt, man könne „mit dem Staat“ nicht mehr reden oder verhandeln. Frustration, d. h. das Erlebnis von Enttäuschung und Zurücksetzung wird somit zum (vorerst „inneren“) Widerstand.

5. Schließlich wird die „Aktion“ zum letzten Mittel gegen die erfahrene „strukturelle Gewalt“ des „Systems“, d. h. gegen die versteinerten, zur Veränderung unfähigen, übermächtig organisierten Institutionen (der von der „kritischen Friedensforschung“ geprägte Begriff der „strukturellen Gewalt“ soll hier verstanden werden als die im politischen und sozialen System gleichsam eingebauten Ungerechtigkeiten wie Arbeitslosigkeit, Behandlung von sozialen Randgruppen, fehlende Chancengleichheit etc.).

Sinkendes Vertrauen gegenüber den großen Parteien

Flucht aus Politik und Gesellschaft

Frustration wird zur „Aktion“

Das „nicht kampflöse Begeben“ und „sich durchsetzen Wollen“ gegenüber dem reformunfähigen Staat hat, wie Untersuchungen gezeigt haben, einen hohen Stellenwert für die zum Widerstand Entschlossenen und bildet einen wichtigen Bezugspunkt in der Herausbildung einer eigenen Identität (biographische Studien extremistischer Persönlichkeitsbilder scheinen dies zu bestätigen³²).

VI. Wichtige politische und soziale Bestimmungsfaktoren für das Aufkommen der neuen „Friedensbewegung“

Während sich der Pazifismus in Deutschland bereits Ende des 19. Jahrhunderts organisiert hatte (Bertha von Suttner und Alfred Fried gründeten 1891/92 die erste Österreichische und die erste Deutsche Friedensgesellschaft) und Namen wie Karl Liebknecht (die Symbolfigur einer antimilitaristischen Gruppierung innerhalb der SPD vor 1914), Brecht, Remarque, Tucholsky, Einstein und Ossietzky (um nur die prominentesten Pazifisten der Weimarer Republik zu nennen) auch heute noch bekannt sind, läßt sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges erst ab 1957/58 von einer größeren „Friedensbewegung“ sprechen.

Die von der SPD im April 1957 gegründete und vom Deutschen Gewerkschaftsbund maßgeblich unterstützte Aktion „Kampf dem Atomtod“ entwickelte sich aus einem Protest von 18 Göttinger Atomphysikern (unter ihnen Carl-Friedrich von Weizsäcker, Otto Hahn, Werner Heisenberg u. a.) gegen die damals heftig umstrittene atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Übriggeblieben sind aus dieser Zeit die alljährlichen „Ostermärsche“, die erst 1970 nicht mehr stattfanden (im Jahre 1982 sind sie von großen Teilen der „Friedensbewegung“ allerdings wieder aufgenommen worden). Die von SPD und DGB getragene Anti-Atom-Kampagne fand 1959/60 ihr Ende, als sich beide Gruppierungen für die Notwendigkeit der NATO und einen eigenen Verteidigungsbeitrag aussprachen (so im Godesberger Programm der SPD von 1959).

Charakteristisch für die sechziger Jahre waren dann Verdrängung und Ablenkung von der atomaren Gefahr.

Der für die Vereinigten Staaten positive Ausgang der Kuba-Krise im Spätherbst 1962 (Präsident Kennedy antwortete auf die Stationierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen auf Kuba mit einer Seeblockade der Insel), das im August 1963 zwischen den USA und der UdSSR geschlossene Atomteststopp-Abkommen (Einstellung von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser) sowie die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre feststellbare Konzentration der öffentlichen Aufmerksamkeit auf andere wichtige politische Ereignisse und Ziele (Vietnamkrieg, Entwicklungsländerproblematik, Intervention der Sowjetunion in der CSSR, Beginn der Ost/West-Entspannung, Rüstungskontrollverhandlungen im Rahmen von SALT) rückten sicherheitspolitische Fragestellungen in den Hintergrund. Auch infolge der weitgehenden Übereinstimmung zwischen den Parteien

Verdrängung und Ablenkung von der atomaren Gefahr

schien eine grundsätzliche sicherheitspolitische Debatte weder notwendig noch wünschenswert. In den Medien, in Bundestagsausschüssen und in den Parteien waren Themen wie Rüstung und Sicherheit Sache der Experten, die in einer Sprache für Experten vorgetragen und vermittelt wurde.

Erst etwa ab Mitte der siebziger Jahre wuchs langsam aber stetig das Interesse an den Grundlagen westlicher Sicherheitspolitik, die letztlich — und dies wurde nun zusehends auch der Öffentlichkeit bewußt — auf der Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen beruht. Die Gründe für diesen Bewußtseinswandel sind vielfältig, weisen aber alle in eine Richtung. Die grundlegende und zunächst widersprüchlich anmutende Erfahrung, daß steigende Leistungen des Wohlfahrtsstaates offenbar nicht mit zunehmender, sondern sinkender Zufriedenheit seiner Bürger einhergingen, bildete ein ausschlaggebendes Motiv für immer pessimistischere Betrachtungen der Wirklichkeit und der Zukunft. Die abnehmende Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit von Politik allgemein, ihre Verselbständigung und Abkoppelung vom „normalen“ Leben wurden zusehends offenbar.³³⁾

Im Westen begann sich eine wachsende Skepsis über die erreichten Resultate der Entspannungspolitik und Rüstungskontrollverhandlungen durchzusetzen. Das militärische Eingreifen der Sowjetunion mittels Hilfstruppen in Afrika 1975/76, das für die Vereinigten Staaten bestürzende Ende des Vietnamkrieges im April 1975 und die ungebremsste Aufrüstung der UdSSR auf allen Gebieten ließen die Kritik an einer Fortsetzung des Ost/West-Entspannungsprozesses (vor allem in den USA) unüberhörbar werden. In den westlichen Gesellschaften machten sich parallel dazu Zukunftsängste breit, Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit färbten das Bild von der Wirklichkeit düster. Ein ausgeprägteres Umweltbewußtsein breitete sich mit und durch die rasch anschwellende Antikernkraftbewegung aus: Der Reaktorunfall in Harrisburg (USA) und die deutschen Orte Whyll, Gorleben und Brokdorf wurden zu Symbolen für das Gefühl des Ausgeliefertseins an eine vermeintlich nicht mehr oder noch nicht beherrschbare Technik.

Ein weiterer damit eng zusammenhängender Anlaß für Zukunftspessimismus und Skepsis gerade der jungen Generation jener Zeit lag in der fortschreitenden Schrumpfung der Glaubwürdigkeit der SPD (und FDP) in deren „klassischen“ Politikbereichen Friedenssicherung, Entspannung und soziale Erneuerung. Der aus dem Blickwinkel großer Teile der sozialliberalen Wählerschaft und Sympathisanten immer unübersehbarer zu Tage tretende Zwiespalt zwischen Fortschrittsversprechen und Zukunftsperspektiven einerseits und der Wirklichkeit andererseits wurde für viele junge Menschen erstmals im Alltag erfahrbar. Die *Erfahrung*, wie weit Versprechen, parteipolitische Programmatik und Realität auseinanderklafften, wie hoch die gesellschaftlichen und die Umwelt belastenden Kosten der „Wohlstandsproduktion“ geworden sind, hat das Politikverständnis der jungen kritischen Generation nachhaltig geprägt.

Ebenso wichtig erscheint eine davon nicht zu trennende Beobachtung, die bisher auf nur geringe Aufmerksamkeit gestoßen ist: Alle ein bis zwei Jahrzehnte werden sich

Wachsende Zweifel an der Problemlösungsfähigkeit der Politik

Zunehmender Pessimismus in den 70er Jahren

Die Kluft zwischen Versprechen und „Realität“

immer neue Jahrgänge von Jugendlichen und jungen Erwachsenen schlagartig des Umstandes bewußt, daß die Grundlagen der Sicherheit des eigenen Landes letztlich auf der Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen beruhen. Die „innere“ Verarbeitung dieses Erkenntnisprozesses hinterläßt fast zwangsläufig „Spuren“ und wurde bisher immer noch mit Verdrängung bewältigt. Um die Jahreswende 1979/80 trugen dann vornehmlich drei Ereignisse zur Ausbreitung einer wachsenden Kriegsfurcht und sich verstärkender Bedrohtheitswahrnehmungen bei. Die plötzlich gewahrwerdende Erfahrung, sich nach Jahren der Entspannung auf einmal in einer spannungsgeladenen internationalen Situation wiederzufinden, wurde durch die Revolution und Geiselnahme im Iran, die sowjetische Besetzung Afghanistans und die Ankündigung eines breiten Aufrüstungsprogrammes durch den neuen US-Präsidenten Reagan ausgelöst. Die Ereignisse in und um Polen heizten ab Mitte 1980 die internationale Krisensituation noch weiter an.

**Die Verschärfung
der internationalen Situation
1979/80**

Erst mit dem NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 (der damals mangels zusätzlicher Informationen noch kaum auf ein breites öffentliches Echo stieß) und seinen auslösenden Wirkungen auf die sich etwa ab Mitte 1981 herausbildende „Friedensbewegung“ wurde dann die Sicherheitspolitik erstmalig wieder seit den fünfziger Jahren zum beherrschenden, alles andere in den Hintergrund drängenden Thema. Kein außen- und sicherheitspolitischer Themenbereich hat seitdem die politische Landschaft der Bundesrepublik mehr verändert, die öffentliche und veröffentlichte Meinung tiefer gespalten als der Brüsseler „Nachrüstungsbeschluß“.

**NATO-Doppelbe-
schluß als Diskus-
sionsauslöser**

VII. Zusammensetzung und Motivation der „Friedensbewegung“

Trotz des unübersichtlichen, häufig uneinheitlichen und aus den unterschiedlichsten Quellen gespeisten Erscheinungsbildes, das diese Protestbewegung als Summe verschiedenster, teilweise widersprüchlicher weltanschaulicher Strömungen in der Öffentlichkeit von sich vermittelt und der schon beschriebenen Schwierigkeit bei der Ermittlung jener Gruppierungen und Einzelpersonen, die sich mit ihr identifizieren, kann die Bewegung sowohl *formal* als auch *inhaltlich*, d. h. nach ihrer Politikausrichtung strukturiert werden:

Nach *formalen*, d. h. *organisatorischen* Kriterien läßt sich eine *dreiteilige* Grobstruktur der „Friedensbewegung“ erkennen:

- *Alte und Neue Linke* (SPD-orientierte Kräfte wie z. B. DGB und DGB-Jugend, Jusos, Judos; DKP und Nebenorganisationen; „Sozialistisches Büro“ sowie „Komitee für Grundrechte und Demokratie“; Eurozentristen wie die Russell-Peace-Stiftung),
- *Christen und Pazifisten*,
- *Ökologie- und Alternativgruppierungen* (Grüne, Alternative und Bunte Listen etc.).

Nach ihrer *Politikorientierung* setzt sich die „Friedensbewegung“ aus *zwei* Richtungen zusammen:

- Organisationen mit *traditioneller* Politikorientierung (Teile von SPD und FDP, DGB, DKP, kirchliche und pazifistische Gruppen, Teile der Friedens- und Konfliktforschung),
- Unabhängige, *autonome* Gruppierungen mit eher postmaterieller Politikausrichtung und selbstproklamierter Unabhängigkeit von allen Spielregeln der Politik sowie unorganisierte Einzelpersonen (Grüne; Alternative; Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz; autonome Friedensinitiativen, teilweise organisiert im „Bundeskongreß Autonomer Friedensinitiativen“ — BAF; Dritte-Welt-Gruppen; antiimperialistische Gruppen; Neue Linke; anarchistische „Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen“, „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie“ u. a.).

**Traditionelle
contra autonome
Gruppierungen**

Innerhalb der gesamten „Friedensbewegung“ wie innerhalb ihres linken Flügels bilden die *moskautreuen Kommunisten* (die DKP und ihre Nebenorganisationen wie die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ — SDAJ — und der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ — MSB —) *die größte geschlossene und aktivste Gruppierung*.

Politisch dürfte das Gewicht des *linken* Zweigs der Bewegung insgesamt erheblich sein, da er unmittelbar in die ehemaligen Bonner Regierungsparteien hineinwirkt. Dies betrifft vor allem Mitglieder von SPD und FDP, Jungsozialisten und Jungdemokraten, viele Gewerkschafter sowie die DGB-Jugend (mit insgesamt 1,4 Millionen Mitgliedern die größte deutsche Jugendorganisation).

Zum linken Spektrum gehören weiterhin Kriegsdienstverweigerer (seit 1974 organisiert in der „Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner“, DFG-VK), die der SPD nahestehende „Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken“, die Naturfreundejugend Deutschlands, ferner von der DKP beeinflusste Organisationen wie die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN — BdA)“, die 1960 gegründete „Deutsche Friedens-Union (DFU)“ und das seit 1974 als „wichtigstes Organ zur Koordinierung der kommunistischen Abrüstungskampagne“ (so die Verfassungsschutzberichte 1980, 1981, 1982 und 1983 der Bundesregierung) ins Leben gerufene Kölner „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)“. Alle drei „beeinflussten Organisationen“ unterstützten neben anderen orthodox-kommunistischen Gruppierungen die Unterschriftenaktion für den sogenannten „*Krefelder Appell*“ vom November 1980 (dem Aufruf zur großen Bonner Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981 haben sich nach Erkenntnissen des Bundesinnenministeriums 760 überwiegend demokratische Gruppen, daneben etwa 80 der „alten“ und „neuen“ Linken angeschlossen³⁴). *Wie* solche Unterschriftenkampagnen zustandekommen und *wer* sie letztlich *wie* auswertet, bleibt allerdings offen; ebenso die Frage, *ob* und *in welcher Form* Zurückziehungen von Unterschriften berücksichtigt wurden und werden.

**Weitgefächertes
linkes Spektrum**

Christliche und pazifistische Gruppierungen innerhalb der „Friedensbewegung“ haben mit ihren engagiert vertretenen Grundsätzen der Gewaltfreiheit und des zivilen Ungehorsams zunehmend auch die beiden anderen Lager der Bewegung beeinflusst.

Auf protestantischer Seite haben sich vier Initiativen gebildet:

- „Christen für die Abrüstung“ (gegründet 1976 von Pastor Konrad Lübbert, Uetersen, dem Vorsitzenden des „Versöhnungsbundes e. V.“, eines von insgesamt 17 Mitgliedern der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V.“, AGDF),
- „Ohne Rüstung leben“ (ins Leben gerufen 1978 in Stuttgart von Pfarrern und Laien vorwiegend aus dem südwestdeutschen Raum),
- „Sicherung des Friedens“ (eine auf militärischer Friedenssicherung basierende Gegenbewegung zur vorstehenden Aktion, initiiert im Juli 1980 von dem Pfarrer und Journalisten Eberhard Stammler, Stuttgart, und dem gleichnamigen Arbeitskreis, dem u. a. der Strategieforscher Wolf Graf von Baudissin und der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer angehören),
- „Frieden schaffen ohne Waffen“ (unter diesem Motto im November 1980 und 1981 durchgeführte Friedenswochen, veranstaltet von der 1958 gegründeten „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e. V.“ und der aus 16 weiteren Mitgliedern bestehenden „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V.“).

Erheblicher Einfluß des christlichen und pazifistischen Lagers

Katholische Christen haben sich in der 1944 in Frankreich gegründeten Weltfriedensbewegung „Pax Christi“ organisiert und beteiligen sich vor allem mit ihrer ausführlichen Plattform „Abrüstung und Sicherheit“ vom November 1980 aktiv an der Arbeit der „Friedensbewegung“ nicht nur in der Bundesrepublik.

Auch der „Bund der Deutschen Katholischen Jugend“ (650 000 Mitglieder) hat sich mit einem Positionspapier über „Frieden und Gerechtigkeit“ vom Mai 1981 an die Öffentlichkeit gewandt.

Eine überkonfessionelle Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“, der zehn Friedensforscher, Journalisten und Geistliche angehören, schaltete sich im Mai 1981 mit einem detaillierten, aus drei ausgewählten Schritten bestehenden Abrüstungsvorschlag in die Diskussion ein und griff dabei Grundgedanken der „Pax Christi“-Plattform auf. Ziel der Gruppenarbeit ist es, einen „Handlungskonsens“ zwischen den verschiedenen kirchlichen Abrüstungsinitiativen zu ermöglichen.

Die dritte Säule der „Friedensbewegung“ bilden die Alternativen. Trotz der vielfältigen Strömungen innerhalb dieser Gruppierung verstehen sie sich als Lager, das sich Freiräume in bzw. „neben“ der Gesellschaft erkämpft hat und aus dem Bewußtsein moralischer Überlegenheit ihre radikale Konsum- und Fortschrittskritik vorträgt sowie eigene alternative Lebensentwürfe praktiziert. Dieser Kategorie lassen sich landes- und bundesweit „Die Grünen“, der „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU), die „Alternativen (bzw. Bunten) Listen“ sowie Arbeitsgemeinschaften, Aktionskomitees und Initiativen zuordnen, die sich vor allem mit der Dritten Welt, der Abschaffung der Kernenergie und mit Umwelt-

Konsum- und Fortschrittskritik der „Alternativen“

fragen beschäftigen. Hinzu kommen u. a. noch Vertreter der Frauenbewegung („Frauen für den Frieden“) und der Landkommunen-Bewegung.

Moralisch-idealistische Grundmotivation

Die *Grundmotivation* der „Friedensbewegung“ im ganzen kann weitgehend als idealistisch, moralisch-rigoristisch, radikal-ethisch beschrieben werden. Charakteristisch für die meisten Anhänger und Gruppen scheint eine Art „Kult des subjektiven Erlebens“, d. h. die Lust zu sein, etwas für sich selbst zu tun, Alternativen zu entdecken und zu erleben, die Hochstimmung des „Etwas-Tuns“ zu konservieren, die verbreitete Zivilisationsmüdigkeit zu überwinden, die eigenen Ängste, Zweifel und Zwänge zu artikulieren und „konkrete Utopien“ zu praktizieren — kurz: *emotionale Selbstverwirklichung* im unmittelbaren Erfahrungsbereich mit dem Bekenntnis zur „Angst“ als Reaktion auf die kalte Rationalität der Technik, der Bürokratie, des technisierten Abschreckungsdenkens: „Die Angst vor dem Verlust der eigenen Angst vor den neuen Atomwaffen scheint der Motor der gegenwärtigen Friedensbewegung“ — so formulierte zutreffend der Frankfurter Friedensforscher Egbert Jahn.³⁵⁾

Diese moralische, radikal ethische, idealistische Grundmotivation der „Friedensbewegung“ insgesamt hat sich, wie bereits erwähnt, weitgehend unabhängig von einer politischen Links/Rechts-Einteilung herausgebildet und entwickelt.

Zunehmende Kritik an kommunistischer Einflußnahme

In vielen Gruppierungen der „Friedensbewegung“ ist die Sensibilität und Aufmerksamkeit für einseitige politische Manipulations-, Kanalisierungs- und Durchdringungsversuche durch entsprechende konkrete Verhaltensweisen etwa von Aktivist:innen aus dem DKP-Spektrum noch geschärft worden (zu wichtigen Vorbereitungs- und Organisationstreffen Anfang Januar und Ende Februar 1983 — BAF-Kongreß in Frankfurt — wurden moskauorientierte Gruppen nicht eingeladen!). Die Hürde, die eine um Vertrauen und Anerkennung werbende moskautreue kommunistische Bündnispolitik innerhalb der Bewegung heute nehmen muß, ist höher geworden (beispielhaft hierfür der offene Streit zwischen Jusos und Grünen einerseits und kommunistischen Gruppierungen andererseits über die Einseitigkeit des Aufrufs und die auftretenden Veranstalter der Großdemonstration in Bonn am 10. Juni 1982). Die Auseinandersetzung in der „Friedensbewegung“ um den Einfluß der DKP bestimmte auch die 6. bundesweite Aktionskonferenz der Bewegung, die am 5./6. Mai 1984 in Köln stattfand und mit einem mühsam zustande gekommenen Resolutionskompromiß endete, der zwischen dem KFAZ/DKP-Spektrum einerseits und BAF, Grünen und konfessionellen Gruppen andererseits ausgehandelt wurde.

VIII. Wesentliche Charakteristika der westdeutschen „Friedensbewegung“

Viele Erscheinungsmerkmale der Jugendprotest-Welle belegen, daß es sich bei den Problemen, die von Jugendlichen aufgegriffen und diskutiert werden, nicht um spezielle Jugendprobleme, sondern um Problembereiche handelt, vor die sich die

gesamte Gesellschaft gestellt sieht. Die Grenzen des Wachstums, Arbeitslosigkeit, die Entwicklung in den Städten, aber auch die Existenzfragen der Friedenserhaltung, Sicherheit und Abrüstung stellen heute nicht nur gesamtgesellschaftliche Grundinhalte der öffentlichen Diskussion dar, sondern bilden Anlässe einer konkret erfahrbaren Betroffenheit jedes Einzelnen. Deshalb erscheint es auch verständlich, warum die Fülle von Aktivitäten, die unter dem Sammelbegriff „Friedensbewegung“ zusammengefaßt werden, ihren Ausgang nicht an den Hochschulen (wie 1968) nahm, sondern vorwiegend aus der Alternativszene, von kirchlichen und politisch-sozialen Gruppierungen gespeist wurde, die einen erheblichen Teil der Bevölkerung repräsentieren.

**Alternativszene
als Ausgangsort
des Protestes**

Als wichtige Stichwortgeber, Multiplikatoren und fachlich-konzeptionelle Berater spielen, nach ihrem Selbstverständnis „kritische“, Friedens- und Strategieforscher (wie der Starnberger Friedensforscher und ehemalige Stabsoffizier der Bundeswehr, Alfred Mechttersheimer, auf den sich fast alle Teile der Bewegung berufen) eine wesentliche Rolle. Für sie ist der politische Einfluß und die Ausstrahlung der Atomwaffen-Gegner eine Grundvoraussetzung, gleichsam ein Hilfsmittel für die Entstehung und Fortführung einer breiten öffentlichen Diskussion von alternativen Sicherheitsmodellen, die bisher nur in Universitätsseminaren und abgeschlossenen Expertenzirkeln debattiert wurden.

Welche besonderen Wesensmerkmale zeichnen nun die neue „Friedensbewegung“ aus?

Vor dem Hintergrund des bereits Gesagten fallen vor allem sechs Kennzeichen auf:

1. Einmal das schon angesprochene *offene Bekenntnis zur Angst* als besonderes Vorrecht, als subjektiver Ausdruck einer herausgehobenen menschlichen Qualität und Sensibilität, „Angst haben“ als Symptom für ein noch funktionierendes Menschsein, als persönlicher „Selbstreinigungsprozeß“ inmitten einer den Problemen der Außenwelt stumpf und teilnahmslos gegenüberstehenden, angepaßten Gesellschaft. Daß sich der darin zum Ausdruck kommende moralische Absolutheitsanspruch in Diskussionen mit Vertretern herkömmlicher Auffassungen häufig als Intoleranz zu erkennen gibt, ist kein Widerspruch, sondern die logische Konsequenz des radikal ethischen Antriebes, der eine grundsätzlich andere Politik fordert, in welcher der Mensch als Subjekt im Mittelpunkt zu stehen habe.³⁶⁾
2. Charakteristisch für die Bewegung und ihr Selbstverständnis ist auch der bewußte Einsatz der *Emotion*, des Gefühls, gleichsam als „Waffe“ gegen die „technokratische Rationalität“ der herrschenden Militärs, Sicherheitspolitiker und deren Bürokratien. (Sicherheits-)Politik allgemein gilt als bloßgestellt, ihre kalte rationale Logik wird abgelehnt, weil sie die Erde ruiniere (Umweltkatastrophen, Rohstoffausbeutung, Verelendung, Aufrüstung) und Kriegsverhütung zu versagen drohe. „Vernünftige“ Berechnungen und Denkspiele könnten letztlich nicht funktionieren, politische Denkweisen seien deshalb untauglich.

**Bekenntnis zur
Angst**

**Emotion als
„Waffe“ gegen
kalte Rationalität**

Der Pädagoge Bernhard Sutor hat die tiefe Skepsis gegenüber eher „technischen“ verteidigungspolitischen Rechtfertigungen auf eine einprägsame Formel gebracht: „Wenn man liest, wie ein instrumentelles Denken Overkillkapazitäten berechnet, Zielplanungen zur Installation von Atomraketen vornimmt und in Denkspielen die Steigerungsstufen eines atomaren Krieges simuliert, dann packt einen das Grauen. Wer darüber nachdenkt, soll dies aushalten oder gar rational bewältigen und sich damit abfinden?“³⁷⁾ Allerdings hat sich innerhalb der „Friedensbewegung“ eine deutlich erkennbare „Gegenexpertokratie“ herausgebildet, die ebenfalls fast ausschließlich militärstrategisch argumentiert und sich damit auf das gleiche Feld fragwürdiger und letztlich unpolitischer „technischer Beweisführung“ begibt wie die praktische Sicherheitspolitik.³⁸⁾

3. Typisch für die Bewegung ist ferner die *Spontaneität* vieler ihrer Aktivitäten, die freiwillig und aus eigenem inneren Antrieb entstehen. Aktionen sind nicht das Ergebnis langer theoretischer und ideologischer Diskussionen, die in zentral gelenkten gemeinsamen Organen geführt werden, sondern entspringen eher subjektiven, individualistischen Antrieben und Erfahrungen.
4. Auch ein weiteres Wesensmerkmal verdient Aufmerksamkeit: Von Politikern und Parteien offensichtlich unterschätzt wird die moralisch motivierte Bereitschaft und Entschlossenheit des größeren Teils der Bewegung, mit *allen* gewaltfreien Mitteln gegen die Stationierung neuer Atomwaffen auf deutschem Boden und die entsprechenden Vorbereitungen vorzugehen. Vor allem konfessionelle Gruppen wie die „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ lassen an ihrer Absicht, auch weiterhin alle friedlichen Mittel der Ver- und Behinderung, des zivilen Ungehorsams und der systematischen Verweigerung auszuschöpfen, keinen Zweifel. Vermutlich werden von den politisch Verantwortlichen auch Umfang und Auswirkungen des gesamten herangewachsenen Protestpotentials nicht angemessen bewertet: Allein 10–15% der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zählen zur alternativen Szene, d. h. stellen ein nicht integrierbares alternatives Spektrum dar; bei den Hochschülern liegt der Anteil der Alternativkultur-Studenten bei 11,9%. Das Wählerpotential der „Grünen“ wird sogar auf 15–20% geschätzt.³⁹⁾ Ihr Erfolg bei der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984 (8,2% = 7 Sitze) unterstreicht dies eindringlich.
5. Das fünfte Charakteristikum besteht in der ausgeprägten Skepsis großer Teile der „Friedensbewegung“ vor der „*Integrationsfalle*“, in die die Studentenbewegung von 1968 mit ihrem „Marsch durch die Institutionen“ geraten sei. Die Befürchtung wie damals die sog. „Außerparlamentarische Opposition (APO)“ von den großen politischen Parteien erneut in „soziale Kontrolle“ genommen, d. h. in überkommene Willensbildungsstrukturen eingepaßt zu werden und damit an entscheidender Ausstrahlungswirkung und Dynamik zu verlieren, läßt sich fast beliebig oft nachweisen. Nachdem der „Marsch durch die Institutionen“ gescheitert ist, hat der Marsch in selbst geschaffene, überschaubare Lebens-

**Spontane
Aktivitäten**

**Unterschätzung
des moralischen
Engagements
durch Politiker
und Parteien**

**Skepsis vor der
„Integrationsfalle“**

bereiche Vorrang. Der Wunsch, „unter sich“ zu bleiben, eigene Identität durch Rückgriff auf einen „begrenzten“ Erfahrungsbereich zu gewinnen, ist das Leitmotiv — *nicht* eine Wiederbelebung der nationalen Frage!⁴⁰⁾

6. Schließlich zeichnet sich die „Friedensbewegung“ durch einen weiteren Grundzug aus:

Sie stellt, wie gezeigt wurde, *keine* isolierte Minderheit dar, sie ist *keine* politische Eintagsfliege. Auch wenn die ihr formal zuzuordnenden „Mitglieder“ und Anhänger keine zahlenmäßige Mehrheit weder der Bevölkerung insgesamt noch der Jugend bilden, finden sich Gedankengut, Selbstverständnis und Teile ihrer Lebenspraxis bei einer wachsenden Zahl von Bundesbürgern wieder. Diese stark engagierten Minderheiten, die sich als „moralische Mehrheiten“ begreifen, repräsentieren Denkweisen und Stimmungen, aber noch keine konkreten politischen Konzepte. Allerdings sorgt schon der sich erneut verschärfende Ost/West-Konflikt, der die internationale Lage auf absehbare Zeit nachhaltig bestimmen wird, dafür, daß der Streit um Frieden, Verteidigung und Rüstung auf der Tagesordnung bleibt und die entfachte Diskussion kaum verstummen dürfte. Das „Überlebenwollen“ und „Lebenkönnen“ als subjektiv wahrgenommene absolute Werte gerade für junge Menschen akzeptiert keine verteidigungspolitischen Begründungen und wischt jede militärstrategische Rechtfertigung beiseite. Widerstand gegen die offizielle Sicherheitspolitik, Opposition gegen Atomwaffen und Zweifel an der nuklearen Abschreckung werden schon heute in weit größerem Ausmaß geteilt und selbst empfunden als noch vor einem Jahrzehnt.

Multiplikatorische Wirkungen der „Friedensbewegung“

IX. Zwangslagen und „innere“ Konflikte der „Friedensbewegung“

Die Gründe für den bisherigen Erfolg der „Friedensbewegung“ liegen einmal in der Konzentration auf den „*Minimalkonsens*“, d. h. auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner: Die *Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses* bzw. die Verhinderung der damit zusammenhängenden Maßnahmen ist das einzige gemeinsame Band; eine konkrete längerfristige politische Perspektive ist auch Mitte 1984 nicht erkennbar. Ob die Bewegung insgesamt letztlich stärker von einer prinzipiellen Ablehnung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zusammengehalten wird, läßt sich ohne konkrete politische Zielvorstellungen kaum sagen.

„Minimalkonsens“ als Basis des Erfolges

Ein zweiter Grund liegt sicherlich in der Schaffung eines *breiten Aktionsbündnisses*, das bisher den lockeren Zusammenhalt wahren konnte, weil inhaltlich-konzeptionelle Differenzen vorwiegend aus taktischen Gründen zurückgestellt wurden und werden (z. B. über das Verhältnis zur Sowjetunion und deren Aufrüstung, zu den „Friedensbewegungen“ im Osten sowie über die sogenannte „Gewaltfreiheit“). Die Zusammenarbeit kommunistischer Gruppierungen mit Grünen, Sozialdemokraten,

Zurückstellung inhaltlicher Differenzen

Gewerkschaften und Kirchen funktioniert stets nur punktuell und zeitlich begrenzt. Auch die Aktionsplanung für den „Friedensherbst 1984“ spricht dafür, daß sich die einflußreichen Fraktionen und Gruppen zunehmend verselbständigen.

Keine gemeinsame „Friedensstrategie“

Die sechs bundesweiten Aktionskonferenzen im Februar 1982, Oktober 1982, April 1983, November 1983, Februar 1984 und Mai 1984 sowie das Frankfurter BAF-Arbeitstreffen Ende Februar 1983 haben anschaulich deutlich gemacht, daß in der „Friedensbewegung“ *keine* mehrheitlich akzeptierte Strategie, kein gemeinsames Widerstandskonzept existiert und die Vorstellungen über Wege und Ziele der Friedensarbeit weitgehend unüberbrückbar sind.

Die Regionalisierung und Aufsplitterung in einzelne Flügel, Fraktionen und Gruppen bedeutet in der Praxis Minderung der öffentlichen Breitenwirkung, Orientierungslosigkeit und mangelhafte organisatorische Durchsetzungsfähigkeit. Die „Friedensbewegung“ scheint heute weitgehend unübersichtlich geworden zu sein („jeder macht, was er will“). Der Selbstlähmungseffekt durch endlose Theorie-Debatten auf den teilnehmerstarken Strategiekonferenzen und wechselseitige Verdächtigungen ist unübersehbar!

Vor diesem Hintergrund hat sich seit geraumer Zeit innerhalb der Bewegung ein grundsätzlicher Konflikt zwischen zwei auseinanderlaufenden taktischen wie konzeptionellen Positionen herausgeschält:

- Entweder primär *argumentative* Überzeugungsarbeit gegen die Realisierung der „Nachrüstung“ durch Großdemonstrationen und Unterschriftenaktionen mit dem Ziel einer „*Verbreiterung*“ der Bewegung
- oder Anwendung *praktischer* Verhinderungsstrategien mit der Zielsetzung einer „*Radikalisierung*“ (gewaltlos oder militant). Gewaltfreie Aktionen, Sit-ins, Die-ins, Fastenaktionen, Hungerstreiks, Kasernenblockierungen etc., sind nach allen bisherigen Erfahrungen nicht formal organisiert. Aktionsformen zwischen legalem Protest und direkter Konfrontation stehen auf den meisten sogenannten „Aktionsplänen“ von Friedensgruppen („vielfältige Formen des zivilen Ungehorsams“).

**„Verbreiterung“
contra „Radikalisierung“**

Tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der „Friedensbewegung“ sind im Sommer und Herbst 1983 in einem offenen Strategiestreit zum Ausdruck gekommen:

Die Grünen befürchten eine „schleichende Verstaatlichung“ der Bewegung, d. h. massive Umarmungs- und Einbindungsversuche durch SPD und DGB („Integrationsfälle). Sie schlagen gezielte Gesetzesübertretungen, provozierende Aktionen vor („Pioniergruppen“ müßten der Massenbewegung voranschreiten und die „Breschen schlagen“) und lehnen Gespräche zwischen der „Friedensbewegung“ und der Polizei grundsätzlich ab.⁴¹) Der unabhängige, autonome Flügel insgesamt lehnt Großdemonstrationen als „Latschdemos“ und „legalistische Aktionen“ ab, unterscheidet zwischen Gewalt gegen „beteiligte“ und „unbeteiligte“ Sachen (ausgeschlossen wird nur „verletzende Gewalt“ gegen Menschen) — so der ehemalige Frankfurter

Magistratsdirektor Alexander Schubart bei einem BAF-Arbeitstreffen im Februar 1983 in Frankfurt — und baut offenbar auf Märtyrer-, Solidarisierungs- und Radikalisierungswirkungen. Teile des autonomen Lagers lassen sich entweder nur aus taktischen Erwägungen oder aber nicht einmal aus taktischen Gründen auf „Gewaltfreiheit“ ein.⁴²⁾

Deutliche Krisensymptome, absehbare Spaltungstendenzen und *Dilemmata* der „Friedensbewegung“ ergeben sich im Sommer 1984 aus vier klar erkennbaren *Tatbeständen*:

- Einmal aus der frustrierenden und enttäuschenden Erfahrung, daß Demonstrationen und Blockaden bei häufiger Wiederholung sowohl ihre Mobilisierungs- und Aktivierungsfunktion verlieren und zur Routine erstarren als auch die Nachrüstung letztlich nicht haben verhindern können.
- Zweitens aus der wachsenden Bereitschaft einzelner Gruppen und Personen, mit dem Näherrücken des Stationierungstermins eigenwillige und eigenständige Aktionen durchzuführen, die nicht durch das breite Oppositionsspektrum der Bewegung gedeckt sind und ein friedenspolitisch motiviertes Märtyrertum entstehen lassen („Jan-Palach-Klima“).
- Drittens ist das *Fehlen einer längerfristigen friedenspolitischen Perspektive* der „Friedensbewegung“ unübersehbar. Sie stellt bisher lediglich eine Bewegung gegen (vor allem) amerikanische atomare Mittelstreckenraketen dar (und pflegt ihre Ängste vor deren Stationierung als Glaubensgewisheiten) und verfügt über kein realistisches ostpolitisches Konzept. Die Konzentration fast ausschließlich auf militärische Potentiale statt auf politische Konfliktursachen charakterisiert noch immer die meisten Diskussionen und Argumente der Bewegung.
- Viertens schließlich erhielt die „Friedensbewegung“ bisher ihre emotionale Schubkraft durch die Beschäftigung mit apokalyptischen Phantasien und nuklearen Endzeit-Szenarien. Was aber, so muß sich die Bewegung fragen lassen, wenn das atomare Weltende ausbleibt? Die intensiven Friedensdiskussionen auf dem 88. Deutschen Katholikentag Anfang Juli 1984 in München haben gezeigt, daß das emotionale Engagement in der Debatte nachgelassen hat und sich eine „neue Sachlichkeit“ auszubreiten scheint.

Perspektiven der „Friedensbewegung“?

Ohne Erweiterung ihrer konkreten *politischen* Zielsetzungen und Inhalte und ohne Überwindung des vielbeschworenen eher taktisch angelegten „Minimalkonsenses“ wird die westdeutsche „Friedensbewegung“ schwerlich überleben können.⁴³⁾ Der Einbruch der Bewegung in die politischen Institutionen der Bundesrepublik hat allerdings längst stattgefunden: Der Wandlungsprozeß der SPD, die vorsichtige Öffnung der Gewerkschaften und die kritische Meinungsbildung innerhalb der Kirchen sind die unübersehbaren Symptome dieses Sickerprozesses. Ein stärker zerklüftetes gesellschaftliches Konfliktfeld mit deutlich zivilisationskritischen Zügen dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit die Folge für die gesamten achtziger Jahre sein. Der „alternative“ Protest hat bisher sicherlich wenig verhindert, doch vieles verändert: „Der Wandel kommt eben auf leisen Sohlen — und selten fällt er so aus wie gewünscht“.⁴⁴⁾

Der gelungene Einbruch in die politischen Institutionen

Anmerkungen

- 1) Vgl. hierzu besonders *Karl-Werner Brand/Detlef Büsser/Dieter Rucht*: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Frankfurt a. M./New York 1983; *Karl-Werner Brand*: Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale — Eine Zwischenbilanz. Opladen 1982; *Joseph Huber*: Wer soll das alles ändern — Die Alternativen der Alternativbewegung. West-Berlin 1981; *Manfred G. Schmidt*, „Demokratie, Wohlfahrtsstaat und neue soziale Bewegungen“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/84 vom 17. März 1984.
- 2) Siehe hierzu vor allem die aufschlußreiche, um die Jahreswende 1981/82 erhobene Studie des Instituts für Demoskopie, Allensbach: Pazifistische Strömungen in der Bundesrepublik. Eine empirische Studie über Zusammensetzung und Motivation einer Bewegung. Allensbach am Bodensee, 18. März 1982.
- 3) Vgl. dazu *Claus Offe*, „Griff nach der Notbremse“, in: *DIE ZEIT*, Hamburg, Nr. 34 vom 20. August 1982.
- 4) Über Entstehung und Perspektiven der „Friedensbewegung“ informiert der materialreiche Band „Die neue Friedensbewegung. Analysen aus der Friedensforschung“. Redaktion: Reiner Steinweg. Friedensanalysen 16. Frankfurt a. M. 1982.
- 5) Zum Jugendprotest vgl. vor allem den „Bericht der Enquete-Kommission Jugendprotest im demokratischen Staat“ gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 26. Mai 1981“. Bundestagsdrucksache 9/2390 vom 17. 1. 1983; ferner den gelungenen und sehr informativen Literatur-Überblick von *Michael Schultbeiß*, „Was bewegt die Jugend?“, in: *DAS PARLAMENT*. Bonn, Nr. 22 vom 4. Juni 1983; schließlich die beiden detaillierten Untersuchungen des Jugendwerks der Deutschen Shell von 1979 (*Die Einstellung der jungen Generation zur Arbeitswelt und Wirtschaftsordnung*, Hamburg 1980) und 1981 (*Jugend '81: Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder*. 3 Bände, Hamburg 1981) sowie die beiden Studien des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit aus dem Jahr 1981 („Jugend in der Bundesrepublik heute — Aufbruch oder Verweigerung“, Bonn, November 1981, und „Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 39/81 vom 26. September 1981).
- 6) *Günter Schmid*: Sicherheitspolitik und Friedensbewegung. Der Konflikt um die „Nachrüstung“. 4. aktualisierte Auflage, München 1984, S. 49–72.
- 7) Aufschlußreich hierzu ist der zweiteilige Aufsatz des Frankfurter Friedensforschers *Egbert Jahn*, „Die Friedensbewegung muß sich von den falschen Ängsten befreien“, in: *Frankfurter Rundschau* vom 2. und 5. September 1983.
- 8) *Innere Sicherheit*. Informationen des Bundesministers des Innern, Nr. 60. Erscheinungstag: 10. Dezember 1981, S. 19 und 21.
- 9) *Süddeutsche Zeitung* vom 9. Dezember 1981.
- 10) *Süddeutsche Zeitung* vom 16./17. Januar 1982.
- 11) Bundestagsdrucksache 9/1287 vom 20. 1. 1982, S. 2.
- 12) Vgl. hierzu *Matthias Naß*, „Als Ausweg ein fauler Kompromiß. Die Kritik an Einfluß und Taktik der DKP wächst“, in: *DIE ZEIT*, Nr. 8 vom 17. Februar 1984; „Christliche Friedensgruppen grenzen sich gegen die DKP ab“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 7. Februar 1984; „Friedensbewegung in Baden-Württemberg gespalten“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 24. Januar 1984; „Die deutsche Friedensbewegung. Keine Infiltration durch gewalttätige Gruppen“, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 16. Dezember 1983; „Die ‚Friedensbewegung‘ will eine ‚Volksbefragung‘ organisieren“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. Dezember 1983; Gerhard Spörl, „Wie, wenn die Apokalypse ausbleibt?“, in: *DIE ZEIT*, Nr. 49 vom 2. Dezember 1983.
Zur aktuellen regierungsamthlichen Darstellung über eine kommunistische Beeinflussung der „Friedensbewegung“ vgl. die beiden Broschüren „*Innere Sicherheit*. Informationen des Bundesministers des Innern“, Nr. 68 Erscheinungstag: 12. August 1983, und Nr. 69,

Erscheinungstag: 14. Oktober 1983, sowie die entsprechende Diskussion in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 27. Oktober 1983, abgedruckt in: DAS PARLAMENT, Nr. 45 vom 12. November 1983.

- 13) So z. B. der sehr differenziert und kompetent argumentierende Frankfurter Friedensforscher *Gert Krell*: Plädoyer für Rüstungskontrolle. Zur Kontroverse um die „Nachrüstung“. HSFK-Forschungsbericht 3/1981, Frankfurt a. M., September 1981.
- 14) Zur politisch-psychologischen Einwirkung der UdSSR auf die „Friedensbewegung“ und deren Wahrnehmung des sowjetischen Machtpotentials siehe die beiden Arbeiten von *Gerhard Wettig*: Die Friedensbewegung der beginnenden 80er Jahre. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Nr. 9/1982, sowie: Die Funktion der westeuropäischen Friedensbewegung in sowjetischer Sicht, Bericht Nr. 49/1983. Vgl. hierzu auch *Georg Paul Hefty*, „Die SS-20 vergessen und vergeben“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Mai 1984.
- 15) Die für das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL durchgeführte Umfrage — die bisher umfassendste Datenerhebung auf dem sicherheits- und friedenspolitischen Themenfeld — ist in drei Teilen abgedruckt in den SPIEGEL-Ausgaben Nr. 48 vom 23. November 1981, Nr. 49 vom 30. November 1981 und Nr. 50 vom 7. Dezember 1981.
- 16) Ebd. SPIEGEL Nr. 48/1981, sowie „Jugend in der Bundesrepublik heute — Aufbruch oder Verweigerung“, a. a. O.
- 17) *Wolfgang Zapf* (Hrsg.): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtentwicklung. Frankfurt a. M. 1977.
- 18) Vgl. hierzu vor allem die bahnbrechende Untersuchung des amerikanischen Sozialwissenschaftlers *Ronald Inglehart*: The silent revolution. Changing values and political styles among Western Publics. Princeton 1977; ferner *Elisabeth Noelle-Neumann*, „Die stille Revolution — Wandlungen im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung“, in: Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Band 7. Wien u. a. 1977, *Walter Jacobsen/Klaus-Dieter Hartmann*, „Wertewandel und Erziehung“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/82 vom 23. Januar 1982 und *Joachim Raschke*, „Politik und Wertewandel in den westlichen Demokratien“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/80 vom 6. September 1980.
- 19) *Walter Jaide*, „Polaritäten bejahen und fruchtbar machen“, in: Information 2/81, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München 1981; Jugend in der Bundesrepublik heute — Aufbruch oder Verweigerung, a. a. O.; *Stephanie Hansen/Hans-Joachim Veen*, „Auf der Suche nach dem privaten Glück“, in: DIE ZEIT, Nr. 27 vom 5. September 1980.
- 20) Shell-Studie 1979, a. a. O., S. 69. Zu einer positiven Einschätzung der Haltungen junger Menschen zur Leistung in Wirtschaft und Arbeit gelangt der Jugendforscher *Walter Jaide*, „Jugend bejaht die Leistung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Mai 1982.
- 21) Shell-Studie „Jugend '81“, Band 1, a. a. O., S. 16.
- 22) Ebd., S. 16. Die sehr geringe Attraktivität der großen politischen Parteien und die starke Konfliktbereitschaft von Jugendlichen in der Bundesrepublik belegen auch jüngste Meinungsdaten zur politischen Kultur und den Wertorientierungen der jungen Generation; vgl. hierzu *Hans-Joachim Veen*, „Mit den Risiken wächst die Zuversicht“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Mai 1984.
- 23) Daten aus der Ursachenforschung „Terrorismus“ des Bundesinnenministeriums, in: Jugend in der Bundesrepublik heute — Aufbruch oder Verweigerung, a. a. O.
- 24) So eine Umfrage des Hamburger Sample Instituts für das Magazin STERN, abgedruckt in: STERN, Nr. 51 vom 10.—16. Dezember 1981, S. 86.
- 25) *Theo Sommer*, „Ist alles anti, was Kritik ist?“, in: DIE ZEIT, Nr. 36 vom 28. August 1981.
- 26) Auszüge sind abgedruckt in: DIE ZEIT, Nr. 8 vom 13. Februar 1981.
- 27) *Edgar Piel* (Allensbach), „Gibt es eine Ideologie der Angst?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. September 1981.
- 28) Ergebnis einer internationalen Meinungsumfrage von April/Mai 1984, abgedruckt in: DIE ZEIT, Hamburg, Nr. 24 vom 8. Juni 1984.

- ²⁹⁾ Vgl. zum Phänomen der Angst und ihrer „Funktion“ jetzt auch die Studie von *Gerhard Wettig*, Psychoanalyse, Friedensbewegung und Sicherheitspolitik. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 38/1983.
- ³⁰⁾ Shell-Studie „Jugend '81“, Band 1, a. a. O., S. 15 ff. Vgl. hierzu jetzt auch jüngste Meinungsdaten, aufbereitet von *Hans-Joachim Veen*, „Mit den Risiken wächst die Zuversicht“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Mai 1984.
- ³¹⁾ DER SPIEGEL, Nr. 50/1981, S. 97.
- ³²⁾ Jugend in der Bundesrepublik heute — Aufbruch oder Verweigerung, a. a. O., S. 33. Vgl. dazu auch *Wolfgang Lorig*, „Aussteigermentalität und politische Apathie Jugendlicher“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32-33/82 vom 14. August 1982.
- ³³⁾ Vgl. zu dieser häufig übergangenen Problematik vor allem die Arbeiten der beiden Soziologen *Niklas Luhmann*: Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat. München 1981 und *Helmuth Klages*: Überlasteter Staat — verdrossene Bürger? Zu den Dissonanzen der Wohlfahrtsgesellschaft. Frankfurt a. M. 1981. Lesenswert ferner der Essay von *Hermann Rudolph*, „Das Unbehagen an der Politik“, in: MERKUR, Stuttgart, Heft 4, 37. Jahrgang, 1983 sowie *Oskar Negt*, „Nach dem Schock des 6. März. Zum Verhältnis von Basisbewegungen und parlamentarischer Opposition“, in: Süddeutsche Zeitung vom 25./26. Juni 1983 und *Karl Otto Hondrich*, „Sie wollen etwas leisten“, in: DIE ZEIT, Nr. 11 vom 12. März 1982.
- ³⁴⁾ Innere Sicherheit, Nr. 60/1981, a. a. O., S. 20.
- ³⁵⁾ *Egbert Jahn*, „Die Friedensbewegung muß sich von den falschen Ängsten befreien“ (Teil I), in: Frankfurter Rundschau vom 2. September 1983.
- ³⁶⁾ Vgl. hierzu auch *Wilfried von Bredow*, „Wider die Lagermentalität“, in: DAS PARLAMENT, Nr. 13 vom 31. März 1984.
- ³⁷⁾ *Bernhard Sutor*, „Internationale Politik und Friedenssicherung als Problem politischer Bildung“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/82 vom 6. Februar 1982, S. 15.
- ³⁸⁾ Als idealtypisches Beispiel für diese Kategorie von vorwiegend „kritischen Friedensforschern“ kann vor allem der Hamburger Friedensforscher *Dieter S. Lutz* gelten, der seinen in der Öffentlichkeit auf viel Resonanz gestoßenen Ost/West-Vergleich der „Nuklearkräfte in und für Europa“ seit 1979 in immer neuen Variationen vorgelegt hat.
- ³⁹⁾ Angaben aus: „Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland“, a. a. O., S. 10 ff, und „Jugend in der Bundesrepublik heute — Aufbruch oder Verweigerung“, a. a. O., S. 6–7.
- Erhard Eppler* bezifferte im Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL — als Quelle nannte er Umfrageergebnisse, die dem SPD-Parteivorstand vorlägen — das mögliche Wählerpotential der „Grünen“ auf 15–20% (SPIEGEL, Nr. 51 vom 14. Dezember 1981, S. 25). SPD-Bundesgeschäftsführer *Peter Glotz* hatte zuvor in einem SPIEGEL-Essay die gleiche Quote genannt („Partei oder Kreuzzug“, in: DER SPIEGEL, Nr. 50 vom 7. Dezember 1981, S. 106/107).
- ⁴⁰⁾ Vgl. dazu auch: „Werden die Deutschen mißverstanden? Die Friedensdiskussion und die nationale Frage“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 8. Februar 1984.
- ⁴¹⁾ „Strategiestreit in der Friedensbewegung“, in: Süddeutsche Zeitung vom 8. September 1983; „Grüne befürchten ‚schleichende Verstaatlichung‘ der Friedensbewegung“, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. September 1983; „Offener Zwist in der Friedensbewegung“, in: Süddeutsche Zeitung vom 8./9. Oktober 1983; *Günter Bannas*, „Denkpause oder Abpfeiff“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Dezember 1983; „Friedensbewegungen ringen um künftigen Kurs“, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. Februar 1984.
- ⁴²⁾ „Friedensbewegung uneins über Gewalt gegen Sachen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 1. Juli 1983. Besonders aufschlußreich ist die Dokumentation und Kommentierung der heftigen Kontroversen innerhalb der „Friedensbewegung“ unter der Überschrift „Widerstand oder nur Protest? Die Friedensbewegung vor dem Stationierungserbst“ in einer Publikation von Kernkraftgegnern mit dem Titel „Atom Express“, Mai/Juni 1983, Nr. 34, S. 15 ff.

- ⁴³⁾ Vgl. hierzu die Berichterstattung und Kommentierung der sechs bundesweiten Aktionskonferenzen der „Friedensbewegung“ in der Monatspublikation des Starnberger Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V. (Vorsitzender: Dr. Alfred Mechttersheimer), „MEDIATUS. Informationen für die friedenspolitische Arbeit“ sowie jetzt auch *Günter Bannas*, „Die Friedensbewegung denkt über das Thema Arbeitslosigkeit nach“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Januar 1984 sowie *Eike Hennig*, „Das Undenkbare denken, Atomkrieg und Abschreckung, Frieden und Widerstand“, in: DAS PARLAMENT, Nr. 13 vom 31. März 1984 und *Bernd Guggenberger*, „Die Weigerung, sich zu fügen“, ebd.
- ⁴⁴⁾ *Gerhard Spörl*, „Protest verhindert wenig, doch verändert vieles“, in: DIE ZEIT, Nr. 17 vom 20. April 1984.